



Lagebericht und Jahresabschluss 2024

LAGEBERICHT

| | |
|--|----|
| ORGANE, VERANTWORTLICHER AKTUAR, TREUHÄNDER | 4 |
| Aufsichtsrat..... | 4 |
| Vorstand..... | 5 |
| Verantwortlicher Aktuar..... | 5 |
| Treuhänder..... | 5 |
| GRUNDLAGEN DER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT | 6 |
| WIRTSCHAFTSBERICHT | 8 |
| Allgemeine Entwicklung..... | 8 |
| Entwicklung der Kapitalmärkte..... | 8 |
| Geschäftsverlauf..... | 10 |
| Ertragslage..... | 12 |
| Vermögenslage..... | 15 |
| Finanzlage..... | 18 |
| Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage..... | 19 |
| AUSBLICK | 20 |
| RISIKOBERICHT | 22 |
| SONSTIGE ANGABEN | 31 |
| ANLAGE ZUM LAGEBERICHT | 32 |

ORGANE, VERANTWORTLICHER AKTUAR, TREUHÄNDER

Aufsichtsrat¹⁾

Ordentliche Mitglieder

René Gladis, Vorsitzender, BEW Berliner Energie und Wärme GmbH²⁾

Swetlana Jung, stellvertretende Vorsitzende, Stromnetz Berlin GmbH

Dr. Andreas Schuler, stellvertretender Vorsitzender, Vattenfall GmbH

Thorsten Belaschk, Stromnetz Berlin GmbH

Stefan Fischer, Vattenfall Europe Sales GmbH

Jörn Heinrich, Stromnetz Berlin GmbH

Uwe Zentgraf, BEW Berliner Energie und Wärme GmbH²⁾

Stellvertretende Mitglieder

Olaf Koppe, BEW Berliner Energie und Wärme GmbH²⁾

Andreas Eitner, Vattenfall Europe Sales GmbH

Dr. Sascha Ernst, BEW Berliner Energie und Wärme GmbH²⁾

Markus Buchheim, Vattenfall GmbH

Claudia Mangard, BEW Berliner Energie und Wärme GmbH²⁾

Susanne Huneke, BEW Berliner Energie und Wärme GmbH²⁾, (bis 15. April 2024)

Uwe Scharnweber, BEW Berliner Energie und Wärme GmbH²⁾, (ab 1. Oktober 2024)

Sabrina Poweleit, BEW Berliner Energie und Wärme GmbH²⁾

¹⁾ gleichzeitig Angaben zum Anhang

²⁾ Die BEW, Berliner Energie und Wärme GmbH firmierte bis zum 30. April 2024 als Vattenfall Wärme Berlin AG und bis zum 5. Januar 2025 als BEW Berliner Energie und Wärme AG

Vorstand¹⁾

Olav Rieck, Sprecher

Anja Stranz (bis 30. November 2024)

Thorsten Buschhardt (seit 1. November 2024)

Patrick Huber (seit 15. Januar 2025)

Verantwortlicher Aktuar

Henning Tewes

Mercer Deutschland GmbH

Treuhänder

Michael Waage

Thomas Ekberg, Stellvertreter

¹⁾ gleichzeitig Angaben zum Anhang

GRUNDLAGEN DER GESCHÄFTS- TÄTIGKEIT

Geschäftsmodell und Rahmenbedingungen

Die Pensionskasse der Bewag ist eine Einrichtung der betrieblichen Altersversorgung in der Rechtsform eines Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit (VVaG). Die Kasse erfüllt die Versorgungszusagen von insgesamt 20 aktuellen oder ehemaligen Gesellschaften des deutschen Teils der Vattenfall-Gruppe (Trägerunternehmen). Gemäß ihrer Satzung erbringt die Kasse lebenslange Rentenleistungen wegen Alter, Invalidität oder Tod. Leistungen bei Invalidität und für Waisen sind zeitlich befristet.

Seit dem 1. Januar 2007 nimmt die Kasse keine neuen Mitglieder in der Pflichtversorgung mehr auf. Zu diesem Zeitpunkt bereits bestehende Mitgliedschaften werden bis zum Eintritt des Versorgungsfalles fortgeführt und die satzungsgemäßen Leistungen gewährt. Die Pflichtversorgung umfasst etwa 98 % der Versicherungsverhältnisse. Neben diesem Tarif bietet die Kasse im Rahmen der sog. Freiwilligen Versorgung Altersrente, insbesondere aus Entgeltumwandlung, sowie eine kombinierte Alters-, Hinterbliebenen- und Invaliditätsrente an. Nur in diesem Rahmen sowie auf Grundlage der gesetzlichen Regelung zum Versorgungsausgleich können neue Versicherungsverhältnisse begründet werden. Die Pensionskasse steht daher nicht im Wettbewerb und verfügt über keinen Vertrieb.

Das Altersversorgungssystem der Pensionskasse wird als Finanzprodukt im Sinne der Offenlegungsverordnung klassifiziert. Die Kapitalanlage für alle Tarife erfolgt in einem gemeinsamen Sicherungsvermögen. Gemäß der aktuellen Einschätzung der Kasse unterliegt diese Versicherungsart nicht den Bestimmungen von Art. 8 Abs. 1 oder Art. 9 Abs. 1, 2 oder 3 der Offenlegungsverordnung. Aufgrund der EU-Verordnung 2020/852/EU (Taxonomie-Verordnung) wird folgende formelle Erklärung abgegeben:

„Die diesem Finanzprodukt zugrunde liegenden Investitionen berücksichtigen nicht die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.“

Die Pensionskasse hat keine Versicherungsgeschäfte gegen feste Entgelte gemäß § 177 Abs. 2 VAG getätigt und war auch nicht in versicherungsfremden Geschäften aktiv. Als regulierte Kasse gemäß § 233 Abs. 1 VAG unterliegt sie der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

Strategie

Die zentrale strategische Ausrichtung der Pensionskasse liegt in der nachhaltigen Sicherung ihrer Ertragskraft, um die versicherungstechnischen Verpflichtungen ihrer Versicherten dauerhaft erfüllen zu können. Im Rahmen ihrer strategischen Planung definiert die Pensionskasse Unternehmensziele und analysiert die internen und externen Einflussfaktoren. Auf dieser Basis entwickelt sie ihre Risikostrategie. In dieser werden Orientierungs- bzw. Richtgrößen für den Umgang mit den sich aus der Geschäftsstrategie ergebenden Risiken vorgegeben bzw. die Grundsätze der Risikosteuerung beschrieben. Ein Ergebnis ist die seit 2017 kontinuierlich geprüfte und dann ggf. durchgeführte Absenkung des Rechnungszinses in der Pflichtversorgung, um den Renditemöglichkeiten an den Kapitalmärkten risikoadäquat Rechnung tragen zu können.

Die strategische Planung ist schriftlich dokumentiert, wird mindestens einmal jährlich überprüft und mit dem Aufsichtsrat erörtert.

Organisation

Die Vertreterversammlung ist das oberste Organ der Kasse. Das Kontrollgremium Aufsichtsrat setzt sich aus sieben ordentlichen Mitgliedern sowie deren Stellvertretern aus derzeit vier Mitgliedsunternehmen zusammen. Die Geschäfte der Kasse werden zum Jahresende 2024 von zwei Vorstandsmitgliedern geführt.

Das für die Pensionskasse tätige Personal ist derzeit überwiegend bei der BEW Berliner Energie und Wärme GmbH angestellt; es besteht eine Ausgliederungsvereinbarung. Ein Vorstandsmitglied ist zum 31. Dezember 2024 direkt bei der Pensionskasse angestellt.

Im Geschäftsjahr 2024 waren durchschnittlich 27 Mitarbeiter (ohne Geschäftsleitung) für die Kasse tätig. Weiterhin hat die Kasse vier Angestellte außerhalb des Kerngeschäfts direkt beschäftigt.

Die Tätigkeiten des Verantwortlichen Aktuars, der Internen Revision sowie alle IT-Dienstleistungen sind ausgegliedert. Die Kasse hat mit den Dienstleistern Ausgliederungsverträge geschlossen.

WIRTSCHAFTSBERICHT

Das Geschäftsmodell der Kasse ist darauf ausgerichtet, mit einer risikoadjustierten Vermögensanlage und einer effizienten Verwaltung die satzungsgemäßen Leistungszusagen der Versicherten zu erfüllen. Dazu gehört insbesondere die nachhaltige Erzielung des Rechnungszinses. Die Erträge der Kasse stammen überwiegend aus den Vermögensanlagen. Sie bilden somit die wichtigste Einnahmequellen der Kasse. Die Beitragseinnahmen nehmen erwartungsgemäß ab, da die Kasse seit Jahren keine neuen Mitglieder in der Pflichtversorgung aufnimmt. Das Jahresergebnis wird daher maßgeblich von der Entwicklung der Kapitalmärkte beeinflusst.

Allgemeine Entwicklung

Das Jahr 2024 war geprägt durch die Leitzinswende der Notenbanken sowie den Ausgang der US-Präsidentschaftswahl.

Es zeigte sich, dass Europa und insbesondere Deutschland weiterhin vor strukturellen wirtschaftlichen Problemen stehen. Die deutsche Wirtschaft schrumpfte in 2024 um 0,2 %, nachdem das Bruttoinlandsprodukt bereits 2023 um 0,3 % zurückgegangen war. Ursächlich hierfür zeigte sich vor allen Dingen die schwache Industrieproduktion und die weiterhin schwache Bautätigkeit. Weiterhin belasten die im internationalen Vergleich hohen Energiepreise, geopolitische Unsicherheiten, aber auch die zunehmend starke Konkurrenz auf dem Weltmarkt die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen.

Ein Resultat der Wirtschaftsschwäche waren rückläufige Inflationsraten. Die Verbraucherpreise erhöhten sich in Deutschland in 2024 um durchschnittlich nur noch 2,2 %, verglichen mit 6,9 % in 2022 und 5,9 % in 2023. Die Tatsache, dass dieser Trend sowohl über die gesamte Eurozone als auch in den USA hinweg zu beobachten war, gab den Notenbanken die Möglichkeit eine Zinswende einzuleiten. Ab Mitte des Jahres senkten sowohl die EZB ihren Einlagensatz, als auch die US-amerikanische Fed die Federal Funds Rate in mehreren Schritten um insgesamt 100 Basispunkte.¹⁾

Mit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten im November des Berichtsjahres deutete sich ein fundamentaler Wechsel der US-Wirtschafts-, Sicherheits- und Außenpolitik für die folgenden Jahre an, dessen Auswirkungen bereits im Berichtsjahr die Kurse an den Kapitalmärkten signifikant beeinflusste.

Entwicklung der Kapitalmärkte

Renten- und Finanzmärkte

An den Kapitalmärkten war im Jahr 2024 insbesondere am Rentenmarkt eine Normalisierung zu beobachten. Zwei Jahre nach dem deutlichen Zinsanstieg ist ein Gewöhnungseffekt an das neue Zinsniveau bei den Marktteilnehmern eingetreten, infolgedessen die Schwankungen geringer als in den Vorjahren ausfielen.

Die Wertentwicklung des Rentenmarktes unterschied sich dabei je nach Laufzeitsegment. Kurzlaufende Anleihen in Euro profitierten von den sinkenden Notenbankzinsen, wohingegen sich Anleihen mit langen Restlaufzeiten schwächer entwickelten und teilweise sogar einen negativen Gesamtertrag erwirtschafteten.

Anleihen von bonitätsschwächeren Emittenten wie Staatsanleihen aus der Euro-Peripherie oder Unternehmensanleihen waren von Anlegern aufgrund ihrer Risiko-

¹⁾ Zahlenmaterial basiert auf Statistisches Bundesamt, Informationen auf Basis Deka Research.

aufschläge und weiterhin moderaten Ausfallrisiken gegenüber deutschen Staatsanleihen stärker nachgefragt. Für ansteigende Renditen an den Rentenmärkten sorgte gegen Jahresende die hohe Staatsverschuldung und das hohe Haushaltsdefizit Frankreichs. Infolgedessen erhöhten sich die Risikoaufschläge französischer Staatsanleihen gegenüber deutschen Pendanten.

Die Aktienmärkte konnten ihre Aufwärtsbewegung des Vorjahres fortsetzen und verzeichneten teils deutlich zweistellige Zuwachsraten in ihren Kursniveaus. Dabei markierten der DAX, der EuroStoxx 50 und der S&P 500 neue Allzeithochs im Jahresverlauf. Kurstreiber waren sowohl die sinkenden Notenbankzinsen als auch die erwarteten Wachstumsimpulse durch die Wirtschaftspolitik der neu gewählten US-Administration. Kurse von Unternehmen aus dem Technologiesektor konnten aufgrund einer durch künstliche Intelligenz bedingten Wachstumshoffnung abermals überdurchschnittlich profitieren.

Immobilienmarkt Deutschland

Die Rahmenbedingungen des Immobilienmarktes sind weiterhin durch die Zinswende seit dem 2. Halbjahr 2021 geprägt. Die Zinsanstiege von Hypothekenzinsen auf 3,68 % (5 Jahre) bis 3,89 % (15 Jahre) gemäß der Deutschen Bundesbank haben eine dämpfende Wirkung auf die Nachfrage nach Immobilieninvestments. Im Ergebnis sind vor allem die Umsätze aus Transaktionen im Jahr 2023 deutlich zurückgegangen – ein Trend, der sich auch in 2024 fortsetzte. Infolge dessen sind auch die Preise zurückgegangen, wobei Gewerbeimmobilien gegenüber Wohnimmobilien stärker betroffen waren.

Wohninvestments zeigen sich gegenüber den Zinseffekten vergleichsweise robust. Die höheren Renditen werden bei stagnierenden Kaufpreisen durch weiterhin steigende Mieten generiert. Die positive Mietentwicklung ist bei steigender Nachfrage durch das stagnierende Angebot begründet. Nach einer Belebung des Wohnungsneubaus bis 2018 hat sich dieser Trend nicht fortgesetzt. Die Zahl der Baugenehmigungen ist seit 2018 deutlich zurückgegangen. Von der Bundesregierung formulierte Neubauziele von 400.000 Wohnungen jährlich, die zur Deckung des prognostizierten jährlichen Bedarfes von 250.000 bis 400.000 Wohnungen anvisiert wurden, konnten bislang nicht erreicht werden.

Gleichzeitig hat der Nachfragedruck trotz bundesweit stagnierender Bevölkerungszahl in den Metropolregionen aufgrund von Zuwanderung und der fortschreitenden Verkleinerung von Haushalten weiter zugenommen.

Die Mietdynamik weist vor allem im Ergebnis dieser Marktsituation zwischen den verschiedenen Standorten eine hohe Bandbreite auf. Besonders hoch zeigte sich die Mietdynamik seit 2013 in Berlin, Augsburg, Leipzig Stuttgart, Mannheim und München.

Die Kaufpreise für Wohninvestments zeigen in Teilmärkten mit deutlich steigendem Mietniveau eine stabile Seitwärtsbewegung bis hin zu leichten Anstiegen. Preisrückgänge waren seit 2023 insbesondere bei weniger nachgefragten Lagen, aber auch bei eigengenutzten Wohnimmobilien zu beobachten. Diese Trends haben sich in 2024 bereits abgeschwächt.

Bei Gewerbeimmobilien sind deutlichere Effekte des erhöhten Zinsniveaus zu verzeichnen. In diesem Segment schlagen sich die zinsbedingten Nachfrageeffekte, flankiert durch eine stagnierende Entwicklung von Mieten, unterschiedlich intensiv auf die Kaufpreise nieder. Nach deutlichem Anstieg der Renditen, zeigt sich jedoch auch bei Gewerbeimmobilien mittlerweile eine Konsolidierung und Seitwärtsbewegung. Lediglich bei Einzelhandelsimmobilien ist auch in 2024 noch eine deutlich zunehmende Rendite zu beobachten.

Bezüglich des Transaktionsvolumens ist in 2024 ein Umsatzrückgang gegenüber 2023 von rd. 3,1 % festzustellen. Während sich das Transaktionsvolumen im Segment Hotel wieder im Aufwärtstrend befindet, betragen die Rückgänge bei Logistik mithin mehr als 15 %. Leichte Rückgänge sind noch in den Segmenten Büro und Einzelhandel zu verzeichnen. Zum Jahresende 2024 zeichnet sich eine Belebung des Transaktionsmarktes ab.

Von der insgesamt angespannten Marktlage sind zentrale Standorte und qualitativ hochwertige Objekte weniger betroffen, so dass eine entsprechend zunehmende Marktdifferenzierung zu beobachten ist.

Neben den Nutzungsarten und Lagen differenziert sich die Nachfrage nach Immobilieninvestments zunehmend hinsichtlich der energetischen Qualität der Immobilien. Während angesichts hoher Nachfragen bis 2023 nur geringe preisrelevante Effekte des energetischen Standards von Immobilien zu beobachten waren, nimmt dieser Effekt seitdem zu. Dies wird auch durch die Bedeutung der Einhaltung von Vorgaben zur Dekarbonisierung bei der Gewährung von Krediten verstärkt. Von dieser Entwicklung sind Gewerbeobjekte, deren Standardisierung anhand von Zertifikaten bereits weiter fortgeschritten ist stärker betroffen als Wohnimmobilien.

Geschäftsverlauf

Die Kasse blickt auf ein gutes wirtschaftliches Ergebnis im Jahr 2024 zurück, das sowohl zur Stärkung der Reserven als auch der Risikotragfähigkeit verwendet werden konnte.

Der erzielte Jahresüberschuss i.H.v. 3,3 Mio. EUR wurde vollständig der Verlustrücklage zugeführt. Damit konnte die aufsichtsrechtliche Solvabilitätskapitalanforderung ausschließlich aus Eigenmitteln A bedeckt werden. Darüber hinaus stehen 1,8 Mio. EUR aus dem noch nicht eingezahlten Gründungsstock als Eigenmittel B zur Verfügung. Eine Anrechnung von stillen Reserven des Immobilien-Direktbestands war nicht erforderlich. Insgesamt beträgt die Solvabilitätsquote zum Jahresende 103 %.

Der Rechnungszins zur Bewertung der Deckungsrückstellung für die Pflichtversorgung und den Basistarif konnte im Berichtsjahr um 5 bp (Basispunkte) gesenkt werden und beträgt 3,05 %. Die Finanzierung erfolgte vollständig aus dem erzielten Rohüberschuss sowie bereits vorhandenen Mitteln der pauschalen Deckungsrückstellung. Zum Jahresende 2024 beträgt die pauschale Deckungsrückstellung insgesamt 3,6 Mio. EUR nach 7,4 Mio. EUR im Vorjahr.

Für das Geschäftsjahr 2024 wurden ausschließlich finanzielle Steuerungsgrößen bzw. finanziell bedeutsame Leistungsindikatoren festgelegt. Diese betreffen unter anderem das Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft und aus Kapitalanlagen

sowie das Jahresergebnis. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren für die Geschäftstätigkeit der Kasse gemäß § 289c Abs. 3 Nr. 5 HGB liegen derzeit nicht vor.

Die in den folgenden Abschnitten angegebenen Zahlen und Summen wurden jeweils kaufmännisch gerundet. Die Zahlen in Klammern mit dem Kürzel „Vj.“ entsprechen den Vorjahreszahlen.

Bestandsentwicklung

Die Gesamtzahl der Versicherten sank im Geschäftsjahr 2024 um 201 auf insgesamt 9.616. Mehr Versorgungsempfänger und weniger Anwärter – dieser Trend setzte sich aufgrund der seit 2007 geschlossenen Pflichtversorgung weiter fort. So hat sich die Zahl der Versorgungsempfänger im Vergleich zum Vorjahr um 37 auf 6.094 erhöht, 314 Versicherte verstarben – mehr als erwartet. Diese Übersterblichkeit betraf – mit Ausnahme der Gruppe der 80-85 Jährigen – alle Altersgruppen.

Die Zahl der Anwärter verringerte sich um 238 auf 3.522 Versicherte.

Versichertenbestand der letzten 5 Jahre



Zum Bilanzstichtag liegt der Anteil der weiblichen Anwärter bei 30 %; in absoluten Zahlen sind das 1.052. Bei den Versorgungsempfängern liegt der Anteil der Leistungsempfängerinnen bei 42,1 % (2.565), wovon 1.399 als Witwen geführt werden.

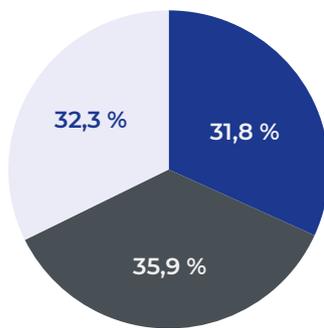
Bestand Versorgungsempfänger



Altersstruktur bei Versorgungsempfängern und Anwärtern

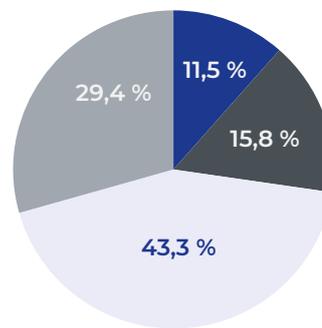
Bei der Altersstruktur gab es leichte Veränderungen. Zum Ende des Geschäftsjahres gehörten 1.966 Versicherte zur Gruppe der über 80-Jährigen (Vj. 1.765).

Altersstruktur der Versorgungsempfänger



- bis 70 Jahre
- über 70 bis 80 Jahre
- über 80 Jahre

Altersstruktur der Anwärter



- bis 40 Jahre
- über 40 bis 50 Jahre
- über 50 bis 60 Jahre
- über 60 Jahre

Neue Mitgliedschaften kamen durch die freiwillige Versorgung (15) zustande. Durch den Versorgungsausgleich (5) und die Hinterbliebenen-Versorgung (94) entstanden weitere Versorgungsverhältnisse.

Detaillierte Angaben zur Entwicklung der Mitgliederzahlen sind der Übersicht „Bestandsbewegungen der Versicherten“ auf Seite 32 (Anlage zum Lagebericht) zu entnehmen.

Ertragslage

Ergebnis Versicherungsgeschäft

Das laufende Ergebnis des Versicherungsgeschäfts (Beitragseinnahmen abzgl. Versorgungsleistungen) beträgt -53,8 Mio. EUR (Vj. -51,7 Mio. EUR). Das negative Ergebnis resultiert aus dem Überhang an Versorgungsempfängern zu Anwärtern.

Die Beitragseinnahmen haben sich durch den Rückgang an Anwärtern im abgelaufenen Geschäftsjahr erwartungsgemäß weiter verringert. Sie lagen bei 16,5 Mio. EUR (Vj. 16,7 Mio. EUR), wovon 15,5 Mio. EUR auf die Pflichtversorgung entfallen.

| Einnahmen | 2023 TEUR | 2024 TEUR |
|----------------------------------|----------------------|----------------------|
| Arbeitgeber | 12.926 | 12.762 |
| Versicherte | 3.482 | 3.441 |
| Zulagen gemäß AVmG ¹⁾ | 306 | 304 |
| Gesamt | 16.714 | 16.507 |

¹⁾ Altersvermögensgesetz

Die Versorgungsleistungen (=Ausgaben) stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 Mio. EUR an. Sie belaufen sich auf 70,3 Mio. EUR.

| Ausgaben | 2023 TEUR | 2024 TEUR |
|---|----------------------|----------------------|
| Altersrenten | 55.509 | 57.584 |
| Hinterbliebenenrenten | 10.838 | 10.968 |
| Erwerbsminderungsrenten | 1.948 | 1.718 |
| Beitragsrückzahlungen / sonstige Leistungen | 122 | 38 |
| Gesamt | 68.417 | 70.308 |

Deckungsrückstellung

Die in der Bilanz ausgewiesene Deckungsrückstellung wurde zum 31. Dezember 2024 vom Verantwortlichen Aktuar neu berechnet. Sie beträgt 1.637 Mio. EUR, wovon 3,6 Mio. EUR auf pauschale Rückstellungen entfallen. Während sich die Deckungsrückstellung der Pflichtversorgung um 11,5 Mio. EUR reduzierte, erhöhte sich der Wert der freiwilligen Versorgung um 1,2 Mio. EUR, was im Saldo zu einer Auflösung in Höhe von 10,3 Mio. EUR führte.

Der Deckungsrückstellung wurden aus dem Geschäftsergebnis 7,2 Mio. EUR zugeführt. Diese Mittel dienen der Absenkung des Rechnungszinses um 5 bp sowie der Vorsorge für künftige Rechnungszinsabsenkungen und einer längeren Lebenserwartung der Versicherten.

Insgesamt reduzierte sich die Deckungsrückstellung um 3,1 Mio. EUR.

| Bilanzposition | 2023 TEUR | 2024 TEUR |
|--|----------------------|----------------------|
| Deckungsrückstellung inkl. Pauschale | 1.640.074 | 1.636.972 |
| Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle | 295 | 291 |
| Rückstellung für Beitragsrückserstattung | 37 | 46 |
| Gesamt | 1.640.406 | 1.637.309 |

Ergebnis aus Kapitalanlagen

Für das abgelaufene Geschäftsjahr wurde ein im Vergleich zum Vorjahr geringeres Ergebnis aus Kapitalanlagen in Höhe von 74,6 Mio. EUR (Vj. 93,8 Mio. EUR) erzielt. Das Ergebnis setzte sich im Wesentlichen aus Fondsausschüttungen, den ordentlichen Erträgen des Immobilien-Direktbestands sowie der Realisierung von stillen Reserven aus dem Immobilien-Direktbestand zusammen. Im Vergleich zum Vorjahr wurden Zuschreibungen auf Investmentfonds in nur sehr geringem Maße vorgenommen.

Die Ausschüttungen aus den Investmentfonds stiegen um 10,9 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr. Die im Vorjahr erzielten Erträge aus Zuschreibungen und Abgangsgewinnen fielen größtenteils geringer aus, da sich die positive Rentenmarktentwicklung des Vorjahres im Berichtsjahr nicht fortsetzte.

Die Zinserträge aus der Renten-Direktanlage verringerten sich aufgrund des rückläufigen Volumens um 0,6 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr.

Die Erträge aus den Immobilien-Fonds blieben stabil. Im Immobilien-Direktbestand übertrafen die erzielten Erträge aus Nettokaltmieten die Erwartungen leicht. Durch die Übertragung eines Grundstücks aus der Pensionskasse in die Beteiligungsgesellschaft wurden stille Reserven von 10,3 Mio. EUR gehoben. Das Beteiligungsergebnis fällt gegenüber dem Vorjahr deutlich niedriger aus, da es keine außerordentlichen Erträge aus der Übertragung von Immobilien von der Beteiligungsgesellschaft in die Kasse gab.

| Erträge | 2023 TEUR | 2024 TEUR |
|---|----------------------|----------------------|
| Investmentfonds incl. Private Debt-IHS | 25.318 | 37.136 |
| Renten-Direktanlage | 3.277 | 2.647 |
| Immobilien-Fonds | 5.258 | 5.262 |
| Abgangsgewinne / Zuschreibung Investmentfonds | 29.863 | 276 |
| Immobilien-Direktbestand, davon | 30.086 | 29.260 |
| Beteiligungsergebnis | 16.455 | 3.671 |
| Gesamt | 93.802 | 74.580 |

Den Erträgen stehen nicht umlagefähige Verwaltungsaufwände für Kapitalanlagen in Höhe von 2,8 Mio. EUR sowie laufender Aufwand für den Immobilien-Direktbestand in Höhe von 10,2 Mio. EUR, inklusive sonstiger Verwaltungsaufwand für Immobilien in Höhe von 0,4 Mio. EUR (ohne Betriebskosten) gegenüber. Der Anstieg der Aufwendungen für Immobilien ist zum einen auf gestiegene Instandhaltungskosten zurückzuführen. Einen weiteren ergebnisbelastenden Faktor bilden die außergewöhnlich hohen Rückzahlungen aus der Heiz- und Betriebskostenabrechnung für das Jahr 2023. Dies ist ein Resultat der Turbulenzen am Energiemarkt infolge des Russland-Ukraine-Kriegs. Darüber hinaus wurden außerordentliche Abschreibungen auf Anlagen im Bau in Höhe von 4,9 Mio. EUR vorgenommen.

Im Vergleich zum Vorjahr erfolgten mit 4,7 Mio. EUR höhere außerordentliche Abschreibungen bei den Investmentfonds, welche sich auf sieben Fonds verteilen.

| Aufwand Kapitalanlagen | 2023 TEUR | 2024 TEUR |
|---|----------------------|----------------------|
| Immobilien-Direktbestand Pensionskasse | 6.938 | 10.184 |
| lfd. Aufwand für Vermögensverwaltung | 2.151 | 2.773 |
| a. o. Abschreibungen u. Abgangsverluste | | |
| Investmentfonds | 604 | 4.693 |
| Anlagen im Bau | 0 | 4.893 |
| Gesamt | 9.693 | 22.453 |

Sonstiges Ergebnis und Verwaltungskosten

Der Saldo aus den sonstigen Erträgen und den sonstigen Aufwendungen lag bei 1,6 Mio. EUR (Vj. 0,9 Mio. EUR). Der positive Saldo resultiert im Wesentlichen aus den Zinserträgen auf laufende Guthaben.

Gemäß der Satzung der Kasse und den darauf beruhenden Verwaltungskostenvereinbarungen kommen die Trägerunternehmen für die persönlichen und sächlichen Kosten der Pflichtversorgung (umlagefähigen Kosten), mit Ausnahme der Kosten für die Vermögensverwaltung auf. Die nicht umlagefähigen Kosten, die die Kasse selbst zu tragen hat, beliefen sich im Geschäftsjahr 2024 auf 2,8 Mio. EUR (Vj. 2,2 Mio. EUR).

Gesamtergebnis

Die Kasse hat im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss von 3,3 Mio. EUR erzielt (Vj. 2,0 Mio. EUR). Dieser wurde vollständig der Verlustrücklage gemäß § 193 VAG zugeführt.

Einzelheiten zum Jahresabschluss sind der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung im Anhang zu entnehmen.

Vermögenslage

Aus dem langfristigen Charakter der versicherungstechnischen Verpflichtungen leitet sich ein ebenso langfristiger Anlagehorizont für die Kapitalanlage der Kasse ab. Die Anlagepolitik folgt demzufolge keinen kurzfristigen Trends, sondern ist auf die dauerhafte Erfüllung der satzungsmäßigen Verpflichtungen ausgerichtet.

Die Kasse verfolgt eine strategische Asset Allokation, die ein optimales Gleichgewicht zwischen erwartetem Risiko und Rendite für einen langfristigen Anlagehorizont bietet. Dabei wird die Gewichtung der Asset-Klassen bei sich ändernden Wirtschafts- oder Marktbedingungen grundsätzlich beibehalten. Vor diesem Hintergrund dominieren Renten- und Immobilienanlagen.

Die Summe der Kapitalanlagen der Kasse beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 1.684,5 Mio. EUR und setzt sich größtenteils aus Investment- und Immobilienfonds zusammen. Diese werden von externen Fondsmanagern auf Weisung der Pensionskasse verwaltet.

| | 2023 | | 2024 | |
|--------------------------|----------------|-------------|----------------|-------------|
| | Mio. EUR | Anteil | Mio. EUR | Anteil |
| Investmentfonds | 1.001,2 | 60% | 1.035,1 | 61% |
| Immobilien-Fonds | 155,3 | 9% | 154,6 | 9% |
| Renten-Direktanlage | 74,2 | 5% | 64,2 | 4% |
| Immobilien-Direktbestand | 432,5 | 26% | 430,5 | 26% |
| Gesamt | 1.663,2 | 100% | 1.684,5 | 100% |

Investmentfonds

Die Kasse setzt bei der Umsetzung ihrer Anlagestrategie konsequent auf die Expertise externer Fondsmanager, verantwortet jedoch weiterhin die fondsübergreifende Risikoüberwachung und das Risikocontrolling. Dies erfolgt insbesondere durch eine aggregierte Risikobetrachtung.

Die Kasse investiert in folgende Investmentfonds:

| Investmentfonds | 2023 | | 2024 | |
|---------------------|---------------|-------------|----------------|-------------|
| | Mio. EUR | Anteil | Mio. EUR | Anteil |
| Masterfonds | 434,2 | 43% | 450,5 | 44% |
| Rentenfonds | 350,5 | 35% | 376,5 | 36% |
| Infrastruktur-Fonds | 72,6 | 7% | 76,6 | 7% |
| Private Debt-Fonds | 143,9 | 14% | 131,5 | 13% |
| Gesamt | 1001,2 | 100% | 1.035,1 | 100% |

Masterfonds

Der Masterfonds besteht aus vier Teilsegmenten mit unterschiedlichen Anlage-schwerpunkten bzw. Anlagestrategien. Dazu zählen Wandelanleihen, Schwellen-länderanleihen, Rentenanlage Buy and Maintain sowie eine Volatilitätsstrategie im Mantel eines Publikumsfonds. Als Gesamtrisiko (aggregierte spezifische Risiken) werden sie im Masterfonds überwacht und von dort gesteuert.

Im Geschäftsjahr 2024 wurde das Segment der Buy and Maintain-Renten um 5,0 Mio. EUR aufgestockt, um den Rentenbestand an langlaufenden Rentenpapieren von bonitätsstarken Emittenten auszubauen. Darüber hinaus wurde die Ertragsausschüttung des Masterfonds in Höhe von 12,5 Mio. EUR vollständig thesauriert. Infolge des Renditeanstiegs an den Rentenmärkten wurde eine Abschreibung in Höhe von 1,2 Mio. EUR vorgenommen.

Zum Jahresende beträgt der Buchwert 450,5 Mio. EUR (Vj. 434,2 Mio. EUR). Der Fonds weist keine Bewertungsreserve aus.

Rentenfonds

Die Kasse investiert auch in zwei Rentenfonds nach dem Buy and Maintain-Ansatz. Dies bedeutet unter anderem, dass die hier erworbenen Anleihen grundsätzlich bis zu deren Endfälligkeit gehalten werden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde

dieses Segment um 15,0 Mio. EUR erhöht. Darüber hinaus wurden die Ertragsausschüttungen in Höhe von 11,0 Mio. EUR vollständig thesauriert und für den Erwerb weiterer Rentenpapiere verwendet. Im Rahmen dieser Käufe und weiterer Umschichtungen innerhalb der Portfolios wurde eine Laufzeitverlängerung vorgenommen, infolge derer die durchschnittliche Duration der Rentenpapiere auf 10,4 Jahre (Vj. 9,8 Jahre) angestiegen ist.

Die negative Entwicklung an den Rentenmärkten führte zu stillen Lasten von 2,9 Mio. EUR, die unter Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips vorgetragen wurden. Der Buchwert beider Fonds beläuft sich zum Bilanzstichtag in Summe auf 376,5 Mio. EUR (Vj. 350,5 Mio. EUR).

Infrastruktur-Fonds

Dieses Segment umfasst vier Fonds, darunter zwei Fonds mit Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energiequellen. Ein Fonds investiert in Beteiligungen an Infrastruktur-Unternehmen in Europa. Der vierte Fonds hält über verschiedene Zielfonds ein breit diversifiziertes Infrastruktur-Portfolio. Die Diversifikation bezieht sich sowohl auf Nutzungsarten als auch Länder bzw. Unternehmen.

Bei den beiden Fonds mit dem Anlagefokus erneuerbare Energien wurden Abschreibungen in Höhe von insgesamt 1,5 Mio. EUR vorgenommen. Der Kursrückgang resultiert im Wesentlichen aus rückläufigen Strompreisprognosen.

Das Gesamtvolumen der Infrastruktur-Fonds beläuft sich zum Geschäftsjahresende auf 76,6 Mio. EUR (Vj. 72,6 Mio. EUR). Die Fonds weisen in Summe 7,3 Mio. EUR an stillen Reserven aus. Das Zeichnungsvolumen der Kasse beläuft sich auf 90 Mio. EUR. Die noch offenen Kapitalabrufe werden in den nächsten zwei Jahren erwartet.

Private Debt-Fonds

Hierunter fallen vier Fonds sowie zwei Inhaberschuldverschreibungen, die einem Fonds vergleichbar gemanagt werden. Diese Fonds vergeben schwerpunktmäßig Kredite – hauptsächlich an europäische Unternehmen. Ein Branchenfokus besteht dabei nicht.

Das Investitionsvolumen sank durch Kapitalrückführungen infolge der Tilgung von Darlehen um 17,0 Mio. EUR. Demgegenüber standen Kapitalabrufe von 4,8 Mio. EUR. In dem Anlagesegment wurden Abschreibungen von insgesamt 0,5 Mio. EUR vorgenommen, welche sich auf zwei Fonds verteilen. Die Abschreibungen resultieren u. a. aus geringfügigen Wertberichtigungen in den Kreditportfolios.

Zum Geschäftsjahresende beliefen sich die Investitionen der Kasse in diesem Bereich auf 131,5 Mio. EUR (Vj. 143,9 Mio. EUR). Die stillen Reserven beliefen sich insgesamt auf 1,1 Mio. EUR.

Renten-Direktanlage

Der Bestand reduzierte sich durch planmäßige Tilgungen um 10,0 Mio. EUR auf 64,2 Mio. EUR (Vj. 74,2 Mio. EUR). Die Kasse plant keine neuen Investitionen in diese Anlageform. Der Bestand wird bis 2033 durch Tilgungen vollständig abgebaut werden.

Immobilien

Ein zentraler Aspekt der Anlagestrategie der Kasse ist die Investition in einen Immobilien-Direktbestand. Der Fokus liegt hier auf Wohnimmobilien in der Metropolregion Berlin.

Der von der Kasse selbst bewirtschaftete Immobilien-Direktbestand umfasst 32 Objekte (davon 12 in der Beteiligung) mit insgesamt 2.230 Wohnungen, 71 Gewerbeeinheiten und 1.310 Stellplätzen. Ein in Leipzig gelegenes Objekt wird von einem Dienstleister bewirtschaftet. Der Buchwert aller Immobilien inkl. der Anlagen im Bau beläuft sich nach Abschreibungen und der Aktivierung der Neubauten auf 430,5 EUR (Vj. 432,5 Mio. EUR). Im Jahr 2024 wurden planmäßig acht Immobilien einer gutachterlichen Folgebewertung unterzogen, die eine Erhöhung der Zeitwerte aller begutachteten Objekte in Höhe von 6,4 Mio. EUR feststellte. Auf Anlagen im Bau wurden 4,9 Mio. EUR abgeschrieben.

Zum Jahresende liegen die stillen Reserven aller im Direkt-Bestand befindlicher Immobilien bei 101,1 Mio. EUR (Vj. 97,7 Mio. EUR).

Die Kasse beteiligt sich über Immobilien-Fonds zudem an Immobilien-Sondervermögen, um so die Ertragsquellen zu erweitern und die Risiken zu diversifizieren.

Die Kasse ist in fünf Immobilien-Fonds mit einem Zeichnungsvolumen von 166,0 Mio. EUR investiert, wovon 9,2 Mio. EUR noch nicht abgerufen sind. Die Fonds fokussieren sich jeweils auf unterschiedliche Anlagen – zwei auf Fonds für Büroimmobilien und drei Investments mit dem Schwerpunkt Wohnen. Ein Fonds investiert ausschließlich in Studentenwohnheime. Die Immobilien liegen vorwiegend in deutschen Metropol- und Wachstumsregionen. Außerdem befindet sich ein weiterer Immobilienfonds in Abwicklung im Bestand, der jedoch bereits keine Immobilien mehr hält. Für ein nachlaufendes Verfahren hält der Fonds noch ein Gesamtvermögen von 975 TEUR.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erfolgten Kapitalabrufe von insgesamt 840 TEUR. Die Fonds entwickelten sich hinsichtlich der Ausschüttung insgesamt positiv, wenngleich bei zwei Fonds eine negative Entwicklung der Kursperformance zu verzeichnen ist. Die in den Fonds gehaltenen Immobilien werden jährlich gutachterlich bewertet. Das Resultat sind teils deutliche Rückgänge der Verkaufswerte von Büroimmobilien. Begründet wird dies durch gestiegene Zinsen bzw. Liegenschaftszinsen sowie höhere Instandhaltungs- und Baukosten. Drei der Fonds weisen zum Jahresende stille Reserven auf, die sich nach Abschreibungen von 1,5 Mio. EUR bei zwei Fonds insgesamt auf 26,1 Mio. EUR (Vj. 30,2 Mio. EUR) belaufen.

Die Immobilienquote liegt am Jahresende bei 34,5 % (Vj. 35,1 %). Diese Quote zeigt das Verhältnis des Buchwerts des Immobilienportfolios zum Gesamtbuchwert des Sicherungsvermögen an. Die Kasse kann aufgrund der Genehmigung durch die BaFin (März 2021) – abweichend von der gemäß AnIV zulässigen Höchstquote – bis zu 40 % des gesamten Sicherungsvermögens in Immobilien und Immobilien-Sondervermögen investieren.

Finanzlage

Liquidität

Die Liquidität der Kasse ist in Form von Barmitteln sowie jederzeit veräußerbare Geldmarkt- oder Rentenpapiere ausreichend gegeben. Die Auszahlungsströme der Kasse sind gut prognostizier- und steuerbar. Liquiditätsengpässe infolge erhöhter

Zahlungsanforderungen oder unzureichenden Marktliquidität der Kapitalanlagen sind nicht zu erwarten.

Auf den Bankkonten außerhalb der Kapitalanlagen wird grundsätzlich ein Mindestliquiditätsbestand vorgehalten, welcher sich am Liquiditätsbedarf des Versicherungsgeschäfts orientiert.

Durch die Aufstockungen bei den liquiden Fonds (Käufe und Wiederanlage von Ausschüttungen) sanken die laufenden Guthaben auf den Konten der Kasse planmäßig. Zum Stichtag 31. Dezember 2024 lagen sie bei 17,2 Mio. EUR (Vj. 40,5 Mio. EUR).

Eigenkapital

Das gesamte Eigenkapital beträgt zum Geschäftsjahresende 70,3 Mio. EUR (Vj. 66,9 Mio. EUR), wovon 65 Mio. EUR Mittel aus dem eingezahlten weiteren Gründungsstocks sind. Nach vollständiger Zuführung des Jahresüberschusses liegt die Verlustrücklage bei 5,3 Mio. EUR (Vj. 2 Mio. EUR).

Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Die zusammenfassende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zeigt, dass die Kasse im Geschäftsjahr 2024 ihren Verpflichtungen gegenüber den Versicherten jederzeit und in vollem Umfang Rechnung getragen hat.

AUSBLICK

Mit der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA und daraus resultierenden ersten politischen Initiativen wird die bisherige Weltordnung und das Wertesystem der westlichen Staaten herausgefordert. Obwohl die Ergebnisse des neuen politischen Kurses der USA zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschätzbar sind, ist von wesentlichen kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen auf die Kapitalmärkte auszugehen.

Auf der einen Seite werden kurzfristig positive Konjunktursignale für die USA durch etwaige Steuersenkungen und einen Abbau von regulatorischen Hemmnissen erwartet. Auf der anderen Seite dürfte ein starkes Wirtschaftswachstum gepaart mit einer restriktiven Handelspolitik zu einer steigenden Inflationsrate in den USA führen. Europa hingegen sieht sich nicht nur mit schwierigeren Handelsbedingungen, sondern auch mit historisch hohen Finanzierungsvolumina einer grunderneuertem Sicherheitsarchitektur konfrontiert. Ein weiterer Rückgang der Inflationsraten scheint damit fraglich.

Die Notenbankpolitik steht in 2025 abermals am Scheideweg. Das schwache makroökonomische Gesamtbild der Eurozone dürfte der EZB zunächst erlauben, den in 2024 gestarteten Zinssenkungszyklus fortzusetzen. Bei der US-Notenbank Fed wird zunächst eine abwartende Haltung in Bezug auf ihre Geldpolitik erwartet. Weitere Zinssenkungen erscheinen vor dem Hintergrund der Inflationsrisiken in den USA zunehmend fragwürdig.

Für die Rentenmärkte könnte diese Gemengelage zu wieder stärkeren Kursauschlägen führen. Die hohen zu erwartenden Staatsausgaben auf beiden Seiten des Atlantiks könnten zudem das Thema der Staatsverschuldung in den Fokus der Marktteilnehmer rücken.

Für die Aktienmärkte nimmt das kurzfristige Rückschlagspotenzial nach zwei sehr performancestarken Jahren und vor dem Hintergrund der geopolitischen Unsicherheiten wieder zu.

Für die Immobilienmärkte wirkt sich das Zinsniveau weiterhin erhöhend auf die Renditen aus. Es zeigt sich jedoch, dass die Umsätze auf dem Markt für Gewerbeimmobilien zum Jahreswechsel bereits zunehmen und die verringerten Preise am Markt realisiert werden können. Zeitlich nachlaufend ist dies auch für Wohnimmobilien zu erwarten, wobei davon auszugehen ist, dass sich die Preise nach Marktsegmenten und Qualitäten weiter differenzieren werden. Hierbei wird sich bei Wohnimmobilien auch die zukünftige wohnungspolitische Ausrichtung der neuen Bundesregierung bemerkbar machen. Eine fortgesetzte, möglicherweise auch verschärfte Mietpreisregulierung könnte sich dämpfend auf die Renditeerwartungen von Investoren niederschlagen.

Als gegenläufiger Trend kann damit gerechnet werden, dass angesichts der unsicheren Bedingungen auf den Kapitalmärkten im Rahmen von Umschichtungen von Investmentportfolien Immobilien wieder intensiver nachgefragt werden.

Fokus 2025

Satzungsmodernisierung

Die Pensionskasse wird beginnend in 2025 unter Einbindung ihrer größten Trägerunternehmen und im Dialog mit ihren Gremien die Satzung modernisieren. Dazu

soll die Satzung insbesondere an die aktuelle Struktur zu den Trägerunternehmen angepasst und zeitgemäß gestaltet werden.

Infrastrukturdienstleister für die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) der Pensionskasse

Die Pensionskasse wird in 2025 zur Konformität mit den regulatorischen Anforderungen des Digital Operational Resilience Act (Verordnung (EU) 2022/2554 DORA) ein Projekt zur Verselbständigung ihrer IKT-Infrastruktur aus der bisherigen IKT-Infrastruktur der Vattenfall Europe Information Services GmbH (VEIS) beginnen.

Digital Operational Resilience Act

Die Pensionskasse wird in 2025 den Ausbau ihres IKT-Risikomanagements, die Auditierung und Überwachung ihrer IKT-Drittparteiverträge sowie die Implementierung der von DORA vorgegebenen personellen Funktionen fortführen.

Ergebnisausblick 2025

Die Beitragseinnahmen werden auch im Geschäftsjahr 2025 leicht rückläufig sein, da Versicherte altersbedingt von der Gruppe der Beitragszahler in die Gruppe der Leistungsempfänger übergehen werden. Bei den freiwilligen Tarifen wird ein Beitragsniveau wie im Vorjahr erwartet. Gleichzeitig werden die Versorgungsleistungen deutlich über der Marke von 70 Mio. EUR liegen. Auch für das Jahr 2025 werden Erträge aus der Auflösung der Deckungsrückstellung für die Pflichtversorgung prognostiziert.

Aufgrund des im Vergleich zum Vorjahr verbesserten auskömmlichen Renditeniveaus an den Rentenmärkten werden stabile ordentliche Erträge auf Niveau des Jahres 2024 erwartet.

Für den Immobilien-Direktbestand wird mit einem geringeren Aufwand gegenüber dem Vorjahr für Instandhaltungsmaßnahmen gerechnet, da eine grundlegende Planungs- und Neuausrichtung der Investitionstätigkeit unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten vorgenommen wird. Hinsichtlich der Mieterträge ist weiterhin mit einem Anstieg aufgrund der Marktentwicklung zu rechnen. Bei den Immobilien-Fonds werden geringere Ausschüttungen erwartet.

Bei den Aufwendungen für Verwaltungskosten wird aufgrund der Umsetzung von zusätzlichen, überwiegend regulatorisch notwendigen Projekten ein moderater Anstieg prognostiziert.

Aussagen zur erwarteten Geschäftsentwicklung werden auf Basis von Planungen, Prognosen sowie vorsichtigen Abwägungen aller bekannten Chancen und Risiken gemacht. Die tatsächlichen Ergebnisse können sich im Laufe des Geschäftsjahres verändern und von den getroffenen Erwartungen und Annahmen abweichen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen. Der Vorstand erwartet für das Geschäftsjahr 2025 vorbehaltlich unerwarteter Entwicklungen ein ausgeglichenes Jahresergebnis.

RISIKOBERICHT

Risikomanagementsystem

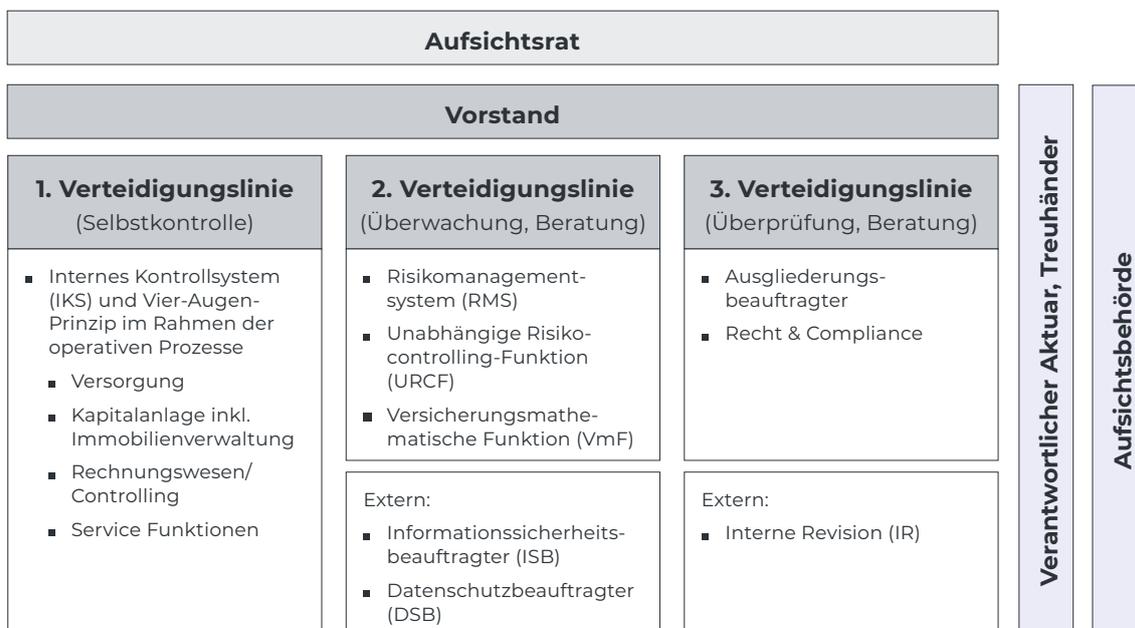
Die jederzeitige und dauerhafte Erfüllung der zukünftigen und bestehenden satzungsgemäßen Versorgungsverpflichtungen unter Einhaltung der regulatorischen Vorgaben ist oberstes Ziel der Kasse.

Das Risikomanagementsystem (RMS) der Pensionskasse, d.h. die Gesamtheit der internen Regelungen und Verfahren, die einen strukturierten Umgang mit Risiken in der Kasse sicherstellt, spielt dabei eine herausragende Rolle. Es ist als zentraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung in der übergeordneten Geschäfts- wie auch der Risikostrategie festgeschrieben, wo der Rahmen und die Leitplanken für das RMS vom Vorstand definiert werden. Die Hauptaufgabe des RMS besteht darin, sämtliche Risiken, denen die Pensionskasse tatsächlich oder möglicherweise ausgesetzt ist:

- zeitnah zu identifizieren,
- qualitativ und, sofern zweckmäßig, auch quantitativ zu bewerten,
- einzeln und auf aggregierter Basis unter Berücksichtigung der zwischen den Risiken bestehenden Interdependenzen kontinuierlich zu steuern,
- regelmäßig zu überwachen und
- dem Vorstand und ggf. weiterer Stakeholdern aussagefähig über diese Risiken zu berichten.

Insoweit kann das Risikomanagement der Kasse als ein kontinuierlicher Prozess der Identifizierung, Bewertung und Priorisierung von und der hierarchieübergreifenden Sensibilisierung der Belegschaft für Risiken aufgefasst werden. Es ist gleichwohl ein strukturierter Ansatz zur Früherkennung von potenziellen Bedrohungen oder Entwicklungen, die künftig bestandsgefährdende Wirkungen für die Kasse entfalten könnten, sei es in finanzieller, operationeller oder strategischer Hinsicht. Das Hauptziel des Risikomanagements besteht darin, das Schadenspotential (die Risikohöhe) und die zugehörige Eintrittswahrscheinlichkeit durch Einleitung angemessener und wirksamer Steuerungsmaßnahmen auf ein für die Kasse akzeptables Niveau zu reduzieren.

Das RMS unterstützt den Vorstand bei der Erreichung der geschäftspolitischen Ziele. Es ist in der Kasse organisatorisch fest in der Struktur des Modells der drei Verteidigungslinien („three-lines-of-defense“) verankert.



Methodische und prozessuale Details sind im Risikohandbuch und in weiteren internen Leit- und Richtlinien bzw. Verfahrensbeschreibungen geregelt. Zu den Instrumenten und Techniken, die hierbei zum Einsatz kommen, zählen u.a. Szenarioanalysen, Stresstests, statistische Auswertungen, interne und externe Expertenschätzungen, im Ergebnis der jährlich durchgeführten Risikoinventur das Risikoinventar, Risikomeldungen, Risikoworkshops, das Limit- und Schwellenwertsystem, das Risikotragfähigkeitskonzept (RTF-Konzept) oder das Aktiv-Passiv-Management („Asset-Liability-Management“ – ALM).

Die Kasse hat ein internes Kontrollsystem (IKS) zur Gewährleistung der Sicherheit, der Ordnungsmäßigkeit sowie der Wirtschaftlichkeit aller Prozesse und Aufgaben etabliert. Das IKS hat in erster Linie eine prozessabhängige, präventive und aufdeckende Funktion und unterstützt die Bereichsleiter bei der fortlaufenden Optimierung der Geschäftsabläufe. So soll die Gefahr von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Personen, Systemen oder durch externe Ereignisse (einschließlich einer Veränderung des Rechtsumfeldes) verursacht werden könnten, durch den koordinierten Einsatz von Ressourcen minimiert werden. Prozessunabhängig sind ergänzend retrospektive Kontrollen implementiert.

Die Bereichsleiter sind dabei in der Rolle von dezentralen Risikoverantwortlichen für das Management der operationellen Risiken ihrer Geschäftsprozesse sowie der nicht-operationellen Risiken, die aus den Geschäftsschwerpunkten ihrer Bereiche erwachsen. So beobachtet und steuert der Leiter Kapitalanlagen beispielsweise die Kapitalmarktrisiken.

Die unabhängige Risikocontrolling-Funktion (URCF), die im Geschäftsjahr 2024 interimswise an die Wavestone Germany AG, vormals Q_PERIOR AG, ausgegliedert war, stellt sicher, dass für das operative Risikomanagement angemessene Prozesse, Verfahren und Methoden implementiert sind und stetig weiterentwickelt werden. Sie ist für die Plausibilisierung der Einzelrisiken, deren Aggregation sowie für die Analyse und Bewertung der Gesamtrisikolage der Kasse zuständig. Hierzu gehört auch die Überwachung von Limiten (Signalgeber des Frühwarnsystems) und Maßnahmen zur Risikobegrenzung auf aggregierter Ebene.

Als Basis für die Festlegung der Limite für Einzelrisiken dient das RTF-Konzept, das zu Beginn jedes Geschäftsjahres auf Vorschlag der URCF vom Vorstand genehmigt wird. Hierin wird Umfang und Höhe des Risikokapitals nachvollziehbar abgeleitet, welches zur Abdeckung potenzieller Verluste aller identifizierten wesentlichen und bewertbaren Risiken zur Verfügung steht.

Werden die Schwellenwerte und Limite über- oder auch unterschritten, löst dies eine Berichtspflicht des Risikoverantwortlichen in Form einer Risikomeldung an den Risikocontroller (URCF) und an den Vorstand aus.

Das ALM ist ein zentrales Element des RMS. Ziel ist, die langfristige Erfüllbarkeit der Verpflichtungen zu überwachen. Hierfür werden vom Aktuar und von auf Langzeitprognosen spezialisierten Dienstleistern regelmäßig langfristige Asset-Liability-Studie sowie versicherungsmathematische Prognosen erarbeitet. Die Ergebnisse sind wesentliche Entscheidungsgrundlage für die Ausrichtung oder Adjustierung der langfristigen Kapitalanlagen sowie für die Steuerung der versicherungstechnischen Risiken.

Die Aufgaben der Versicherungsmathematischen Funktion (VmF) führt der Bereichsleiter Versorgung aus. Sie ist neben dem Aktuar eine zusätzliche Kontrollfunktion für die Überwachung der versicherungstechnischen Risiken. In dieser Funktion überprüft und beurteilt die VmF die Angemessenheit der Annahmen und Methoden des verantwortlichen Actuars für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellung und sowie deren Plausibilisierung. Im jährlichen VmF-Bericht stellt sie die wesentlichen aktuellen Entwicklungen des Versichertenbestandes sowie ggf. veränderter Risikofaktoren vor.

Die Kasse hat geeignete Prozesse eingerichtet, um frühzeitig die wesentlichen Änderungen der Gesamtrisikolage zu erkennen und in der Leitlinie zur Beurteilung der finanziellen Lage zusammengefasst.

Der Vorstand wird monatlich und, sofern erforderlich, ad hoc über die aktuelle Risikosituation der Kasse sowie über risikorelevante Themen informiert. Darüber hinaus erfolgt die gesetzlich vorgeschriebene Risikoberichterstattung an den Vorstand, den Aufsichtsrat und die BaFin entsprechend den aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (MaGo für EbAV) und an die Eigene Risikobeurteilung (ERB).

Mit dem vorhandenen RMS und dessen spezifischen Regelungen werden die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllt. Die Interne Revision unterstützt als objektive und unabhängige Prüfungs- und Beratungsinstanz den Vorstand bei den Überwachungsaufgaben und überprüft jährlich das RMS der Kasse. Sie gewährleistet die Einhaltung gesetzlicher, aufsichtsrechtlicher und interner Vorgaben und stellt die Ordnungsmäßigkeit des gesamten Unternehmensführungssystems sicher. Die Funktion der Internen Revision ist an die Assekurata Solutions GmbH ausgliedert. Die Prüfung der Internen Revision ergab keine Beanstandungen des RMS der Kasse. Der Aufbau und die Dokumente (Strategien, Richt- und Leitlinien, Risikoinventar, Risikotragfähigkeitskonzept, Schwellenwerte, Berichtswesen, usw.) des RMS sind nach Einschätzung der Internen Revision dazu geeignet, ein ordnungsgemäßes Risikomanagement durchzuführen und in ihrer Gesamtheit gut dazu geeignet, dem Vorstand einen Überblick über die Risikosituation zu geben.

Das Risikomanagementsystem unterliegt einem kontinuierlichen Anpassungs- und Verbesserungsprozess. Zur weiteren Unterstützung bei der Bewertung, Entwicklung von Maßnahmen und Steuerung spezifischer Risiken bedient sich die Kasse spezialisierter Dienstleister. Hierzu gehören insbesondere die intersoft consulting GmbH

als Datenschutzbeauftragter (DSB) der Kasse sowie die B+W it solutions GmbH als Informationssicherheitsbeauftragter (ISB) .

Die Risiken der Kasse lassen sich den folgenden Kategorien zuordnen:

- Kapitalanlagerisiken;
- versicherungstechnische Risiken;
- operationelle Risiken;
- strategische Risiken.

Kapitalanlagerisiken

Sicherheitsorientierte Vermögensanlage

Das Vermögen der Kasse wird unter Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben in ein breit diversifiziertes Portfolio an Anlagen investiert, das die Asset-Klassen Renten, Aktien, Immobilien, Infrastrukturinvestitionen und Private Debt umfasst. Neben der Rendite wird insbesondere der Sicherheit der Vermögensanlagen ein hohes Gewicht beigemessen. Eine sichere Vermögensanlage garantiert die Erfüllbarkeit der abgeschlossenen Versicherungsverträge. Risiken werden eingegangen, um die erforderliche Rendite zu erwirtschaften, wobei stets die Unternehmensplanung und das verfügbare Risikobudget (Risikotragfähigkeit) berücksichtigt werden.

Das strategische Anlageportfolio wird auf Grundlage der Ergebnisse der Asset-Liability-Studie ermittelt, die jährlich aktualisiert wird. Statt kurzfristigen Markttrends zu folgen, wird ein Zielportfolio definiert, das im Hinblick auf das Rendite-Risiko-Verhältnis optimiert ist. Die Kapitalanlagestruktur wird fortlaufend überprüft und wenn nötig an die Kapitalmarktentwicklung angepasst. Dabei wird die Risikotragfähigkeit der Kapitalanlagen regelmäßig durch Stresstests überprüft.

Die Kasse setzt bei der Umsetzung ihrer Anlagestrategie konsequent auf die Fachkenntnisse externer Fondsmanager, indem sie das Management von Kapitalmarktanlagen einschließlich des operativen Risikomanagements an Fondsgesellschaften auslagert. Dabei werden Anlagerichtlinien zur Auswahl der Anlagen verwendet. Die Kasse behält jedoch weiterhin die fondsübergreifende Risikoüberwachung und das Risikocontrolling, insbesondere durch eine aggregierte Risikobetrachtung, in ihrer Verantwortung.

Nachhaltigkeits- oder ESG-Risiken, d.h. Ereignisse oder Bedingungen in den Bereichen Umwelt, Soziales oder Unternehmensführung, deren Eintreten tatsächlich oder potenziell negative Auswirkungen auf den Wert von Investition oder auf den Wert von Verbindlichkeiten haben könnte, bilden keine gesonderte Risikokategorie, sondern materialisieren sich in bestehenden Risikokategorien. Im Rahmen der Überprüfung wurden bei den Marktrisiken keine zusätzlichen ESG-Risiken identifiziert, die über die bereits bestehenden Risiken hinausgehen. Sollten wesentliche ESG-Risiken identifiziert werden, werden diese in der regulären Risikobewertung und -berichterstattung beim zugehörigen Risiko berücksichtigt.

Kapitalanlagerisiken dominieren in der Gesamtrisikobetrachtung der Kasse, deren wichtigstes Unternehmensziel eine risikokontrollierte und verantwortungsbewusste Kapitalanlagepolitik ist. Ziel der gesamten Anlagetätigkeit ist es, durch Art, Umfang und Qualität der Vermögensanlagen die dauerhafte Erfüllbarkeit der Pensionsverpflichtungen sicherzustellen, indem die dafür erforderlichen Nettokapitalerträge erwirtschaftet werden. Die Anlagegrundsätze Sicherheit, Qualität, Rentabilität, Liquidität sowie Mischung und Streuung werden vom VAG vorgegeben.

Die wichtigsten zu beachtenden Kapitalanlagerisiken der Kasse sind das Markt-, das Adressenausfall- und das Liquiditätsrisiko. Fremdwährungsrisiken, die nur in Investmentfonds bestehen, sind für die Kasse von untergeordneter Bedeutung, da die Anlagen, die nicht auf EUR lauten, ganz überwiegend mit Währungssicherung getätigt werden.

Marktrisiko

Das Marktrisiko oder Marktpreisänderungsrisiko beschreibt die Gefahr negativer Wertentwicklung von Kapitalanlagen aufgrund allgemeiner Veränderung von preisbildenden Markt-Parametern (Risikofaktoren) wie zum Beispiel Zinsen, Spreads (Risikoprämien bzw. -aufschläge) oder Wechselkurse, die unter Umständen nicht unmittelbar mit den Vermögenswerten selbst zu tun haben. Durch breite Diversifikation in ein Portfolio von Werten, deren Entwicklung möglichst wenig miteinander zusammenhängt, kann das Marktrisiko reduziert werden.

Die Kasse minimiert das Marktpreisrisiko, indem sie Asset-Klassen mit hohem Schwankungsrisiko ausschließt (Rohstoffe, Hedgefonds) oder in solche nur in einem geringem Umfang investiert (Wandelanleihen, liquid Alternatives wie z. B. Optionsstrategien). Zusätzlich setzt sie eine Buy-and-Maintain-Strategie in der Renten-Direktanlage und in zwei reinen Rentenfonds um. Im Geschäftsjahr 2024 wurde die indirekte Anlage in Rentenspapieren zu ansprechenden Renditen weiter aufgestockt.

Vor dem langfristigen Anlagehorizont stellen Immobilien ein Basisinvestment für die Kasse dar. Immobilien bieten laufende Renditen mit niedriger Wertschwankung. Die Kasse hält Wohnimmobilien in der Metropolregion Berlin im Eigenbestand. Durch kontinuierliche Investitionen in die Gebäudesubstanz und -technik wird eine positive Wertentwicklung sichergestellt. Der anhaltenden Nachfrageüberhang nach Wohnraum in Berlin wird auch in Zukunft für kontinuierliche Erträge sorgen. Die Entwicklung der Verkehrswerte des Immobilien-Direktbestandes wird von unabhängigen externen Sachverständigen ermittelt. Im vergangenen Jahr wurde planmäßig ein Teil des Bestandes evaluiert, mit dem Ergebnis einer in Summe leichten Wertsteigerung der bewerteten Objekte trotz Anstiegs der Liegenschaftszinsen.

Der Marktpreis von Immobilien-Fonds wird von zwei Faktoren bestimmt – zum einen vom laufenden Nettoertrag aus der Objektbewirtschaftung, zum anderen von der Entwicklung der Immobilien-Verkehrswerte, die jährlich von unabhängigen Dritten ermittelt werden. Neben den Liegenschaftszinsen spielt das zukünftige Mietpotenzial eine wesentliche Rolle. Dieses wird neben Standortfaktoren insbesondere von volkswirtschaftlichen Faktoren beeinflusst. Im vergangenen Jahr kam es zu teilweise deutlichen Anpassungen der Verkehrswerte bei den Büroimmobilien aufgrund marktbedingter Steigerungen der Liegenschaftszinsen sowie inflationsbedingter Kostensteigerungen für Ausbauarbeiten und Instandhaltung. In der Folge wurden Dividendenzahlungen reduziert. Im Jahresabschluss waren Buchwertabschreibungen erforderlich.

Adressenausfallrisiko

Das Adressenausfallrisiko bei Finanzanlagen wird als Emittentenrisiko bezeichnet. Emittenten sind Herausgeber von Wertpapieren wie Anleihen, Schuldverschreibungen, Aktien u. ä., die gegenüber dem Inhaber des Wertpapiers eine Verpflichtung eingehen. Das Emittentenrisiko bezeichnet in erster Linie die Gefahr, dass der Herausgeber von Wertpapieren seinen vertraglichen Zahlungsverpflichtungen nicht, nicht fristgerecht oder nur zum Teil nachkommen kann. Des Weiteren beschreibt es die Gefahr eines potenziellen Wertverlustes bei einer Bonitätsherabstufung. Zur

Erleichterung der Einschätzung der Kreditwürdigkeit lassen viele Emittenten ihre Bonität von Rating-Agenturen mit weltweit akzeptierter Bedeutung wie Moody's, Standard & Poor's und Fitch bewerten.

In den Investmentfonds erfolgt die Überwachung und Steuerung der Adressenausfallrisiken durch die Fondsmanager auf Basis der vorgegebenen Anlagerichtlinien. Dabei hat die Kasse Vorgaben sowohl für ein Mindestrating auf Ebene der Emittenten oder Einzeltitel gemacht, welche bis auf eine Beimischung (High-Yield-Anlagen) im Investment Grade Bereich gemäß der Definition der international anerkannten Rating-Agenturen liegen müssen. Die High-Yield-Anlagen umfassen Wandel- und Schwellenländeranleihen mit Ratings im Non-Investmentgrade-Bereich. Der Anteil dieser Beimischung an den gesamten Anlagen (Sicherungsvermögen) lag zum Geschäftsjahresende bei rd. 1,7 % (Basis Buchwerte). Im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung der Fonds wird die Einhaltung der Rating-Kriterien durch die Kasse überprüft.

Im Geschäftsjahr 2024 gab es in den Investmentfonds keine Ausfälle. In den Private-Debt-Fonds kam es zu geringfügigen Wertberichtigungen. Aufgrund der hohen Diversifizierungsgrade der Portfolien sind die Größenordnungen aber unwesentlich. Zum Jahresende mussten zwei der Fonds geringfügig abgeschrieben werden.

Die Renten-Direktanlage besteht vorwiegend aus Papieren der öffentlichen Hand sowie geeigneter europäischer Kreditinstitute und der Europäischen Investitionsbank. Die Papiere der Kreditinstitute sind durch einschlägige Sicherungssysteme abgedeckt oder als Pfandbriefe hinterlegt. Die Entwicklung der Emittenten wird im Bereich Kapitalanlage regelmäßig anhand von plausibilisierten Rating-Einstufungen der Rating-Agenturen überwacht, ebenso unterliegen die Sicherungsgrenzen der Sicherungssysteme einem periodischen Monitoring. Es wird eine Watchlist geführt, die im Rahmen des Kapitalanlage-Steuerungsreportings monatlich an den Vorstand berichtet wird. In der Renten-Direktanlage kam es im abgelaufenen Geschäftsjahr zu keinem Ausfall von fälligen Zins- oder Tilgungszahlungen.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, anstehende Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt oder fristgerecht bedienen zu können. Es entsteht, wenn eine Kapitalanlage nicht schnell genug und ohne signifikanten Wertverlust in Bargeld („Kasse“) umgewandelt werden kann. Dies kann bei bestimmten Anlageklassen wie Immobilien oder bei Wertpapieren mit geringem Handelsvolumen durchaus der Fall sein.

Mithilfe einer rollierenden Liquiditätsplanung, in der sämtliche Zahlungsströme aus den versicherungstechnischen Verpflichtungen, den Kapitalanlagen und den sonstigen Verpflichtungen berücksichtigt werden, trägt die Kasse dafür Sorge, dass sich keine Liquiditätsrisiken materialisieren. Die Kasse hält dazu grundsätzlich einen Mindestgeldbestand auf ihren Konten, durch den die durchschnittlichen Zahlungsverpflichtungen von zwei Monaten abdeckt werden.

Im Geschäftsjahr 2024 kam es zu keinen Störungen bei der Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen.

Versicherungstechnische Risiken

Die versicherungstechnischen Risiken umfassen die mit dem Leistungsversprechen verbundenen biometrischen Risiken Langlebigkeit und Invalidität. Das Risiko besteht darin, dass sich die versicherungstechnischen Verpflichtungen aufgrund nicht mehr angemessener Bewertungsannahmen schlechter als angenommen entwickeln. Das Risiko wird mithilfe versicherungsmathematischer Langzeitanalysen und statistischer Auswertungen der Versicherungsmathematischen Funktion überwacht und gesteuert.

Der Verantwortliche Aktuar überprüft die im technischen Geschäftsplan verwendeten biometrischen Rechnungsgrundlagen jährlich auf Angemessenheit. Insbesondere die Sterbewahrscheinlichkeiten und die Verwaltungskostensätze werden, falls notwendig, angepasst. Für das Geschäftsjahr 2024 wurde die Angemessenheit der biometrischen Rechnungsgrundlagen sowie der Verwaltungskosten bestätigt. Ungeachtet dessen kann in Zukunft eine Verstärkung der Rechnungsgrundlagen bei einer erwarteten Zunahme der Langlebigkeit erforderlich werden. Die Kasse betreibt daher auch in den kommenden Jahren eine vorausschauende Risikovorsorge für die biometrischen Risiken, indem sie der pauschalen Deckungsrückstellung schrittweise Mittel zuführt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden der pauschalen Deckungsrückstellung rd. 7,2 Mio. EUR zugeführt. Nach der historischen Zinswende wurden die mittel- und langfristigen Neuanlagen wieder ertragsreicher. Dies verbesserte auch die wirtschaftliche Lage der Kasse. Zum Ende des Geschäftsjahres nahm die Kasse eine Absenkung des Rechnungszinses um 5 bp auf nunmehr 3,05 % vor. Die Kasse wird jährlich im Rahmen ihrer Unternehmensplanung weitere Rechnungszinsabsenkungen aus eigenen Mitteln prüfen.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko bezeichnet die Gefahr von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen bzw. auf Dritte übertragenen Verfahren, Personen, Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden. Zu den operationellen Risiken zählen somit auch Rechts- und IT-Risiken sowie solche aus Ausgliederungen.

Den mit dem Geschäftsbetrieb einhergehenden Prozessrisiken wird durch ein in die Geschäftsprozesse integriertes Internes Kontroll- und Steuerungssystem (IKS) begegnet. Zu den implementierten risikoreduzierenden Steuerungsmaßnahmen zählen u.a. das Vier-Augen-Prinzip, ergänzende Stichprobenverfahren, obligatorische Dokumentationsanforderungen und Kompetenzregelungen. Ein übergeordnetes Governance-System, welches sich aus der Geschäfts- und Risikostrategie ableitet, bildet gleichermaßen die Grundlage für weitergehende Richtlinien und Arbeitsanweisungen. Die Interne Revision überwacht die Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit des IKS im Rahmen ihres Prüfungsauftrags.

Die Kasse konzentriert sich auf ihre Kernaufgaben der Kapitalanlage bzw. deren Überwachung, der Bewirtschaftung des Immobilien-Direktbestands sowie der Administration der Versorgungsansprüche und Auszahlung der Versorgungleistungen. Hinsichtlich anderer Aufgaben verfolgt die Kasse eine Ausgliederungsstrategie. Dies betrifft vor allem die Bereiche Verantwortlicher Aktuar, Interne Revision sowie sämtliche IT-Dienstleistungen (Infrastruktur und Software). Alle wichtigen Ausgliederungen und auch die sonstigen Dienstleistungen sind in das interne Steuerungs- und Kontrollsystem integriert.

Die Aufbau- und Ablauforganisation der Pensionskasse beruht im Versicherungsbetrieb und bei der Verwaltung der Kapitalanlagen grundsätzlich auf einer strikten Funktionstrennung.

Zur Vorbeugung einer Inanspruchnahme der Kasse im Falle möglicher größerer Haftungsschäden sind entsprechende Versicherungsverträge abgeschlossen worden.

Um auch im Krisenfall (z. B. Ausfall bzw. Störung des Rechenzentrums, Ausfall von Personal aufgrund einer Pandemie) möglichst einen unterbrechungsfreien Geschäftsbetrieb aufrechterhalten zu können, liegen für alle wichtigen Teilbereiche Notfallkonzepte vor. Der Geschäftsbetrieb kann auch ortsunabhängig durch die Ausstattung sämtlicher Arbeitsplätze mit Notebooks inklusive sicherer Verbindungstechnik sowie durch Nutzung von Videokonferenzsoftware aufrechterhalten werden.

Im Geschäftsjahr 2024 ist der Kasse durch den Eintritt von zwei operationellen Risiken ein geringfügiger finanzieller Schaden von insgesamt rd. 14 TEUR entstanden.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken sind Risiken, die sich einerseits aus einer unzureichenden Umsetzung von Gesetzen und Rechtsnormen, andererseits aus einer Änderung des Rechtsumfelds einschließlich der aufsichtsbehördlichen Anforderungen ergeben. Um frühzeitig auf Änderungen reagieren zu können, werden die Entwicklungen der Gesetzgebung und Rechtsprechung kontinuierlich und systematisch beobachtet.

Risiken aus Ausgliederungen

Bei Ausgliederungen können Abhängigkeiten vom Dienstleister, Schlechtleistung, intransparente oder fragwürdige Kostenabrechnungen und ein hoher Kommunikations- und Koordinationsaufwand drohen.

An externe Dienstleister ausgegliederte Geschäftsprozesse, Tätigkeiten und Funktionen werden im Rahmen des Ausgliederungs-Controllings bewertet und überprüft. Ausgliederungsvereinbarungen werden den sich wandelnden aufsichtsrechtlichen Anforderungen angepasst, gegebenenfalls neu verhandelt bzw. ein Wechsel des Dienstleisters erwogen und vollzogen. Die Prozesse des Ausgliederungsmanagements, insbesondere der Dienstleistungssteuerung und -überwachung, sind ins laufende Tagesgeschäft integriert.

IT-Risiken

Innerhalb des operationellen Risikos werden auch IT-Risiken erfasst. Hierunter versteht man die Möglichkeit, dass ein IT-System oder ein IT-Prozess versagt bzw. ausfällt oder gehackt wird, was zu finanziellen Verlusten, Datenschutzverletzungen oder Reputationsverlust führen kann.

Die Pensionskasse nutzt derzeit die IT-Infrastruktur des deutschen Teils der Vattenfall-Gruppe und ist damit in die dort festgelegten, umfangreichen Sicherheitsvorgaben eingebunden. Zusätzlich hat die Pensionskasse ein eigenständiges Informationssicherheits-Management-System (ISMS) implementiert, dessen Einhaltung vom Informationssicherheitsbeauftragten (ISB) überwacht wird. Die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorgaben durch die Dienstleister wird durch das zentrale Ausgliederungsmanagement flankierend überwacht.

Mit Hinblick auf das Inkrafttreten des Digital Operational Resilience Act (DORA) Anfang 2025 fanden im Jahr 2024 umfangreiche Vorbereitungen mit dem Ziel statt,

eine hohe operative digitale Resilienz der Kasse sicherzustellen und den regulatorischen Dokumentationsanforderungen fristgerecht nachzukommen.

Strategische Risiken

Strategische Risiken umfassen alle Risiken, die sich aus den strategischen Entscheidungen des Managements ergeben und langfristige Auswirkungen auf die Kasse haben können. Im Gegensatz zu operativen Risiken sind strategische Risiken durch einen hohen Grad an Komplexität gekennzeichnet und schwer quantifizierbar.

Strategische Entscheidungen haben einen langfristigen Charakter und sollen die grundlegende Ausrichtung der Unternehmensentwicklung unabhängig von kurzfristigen situativen Schwankungen bestimmen. Sie umfassen sowohl die externe als auch die interne Ausrichtung der Kasse sowie potenzielle Anpassungen zur Sicherung langfristiger Unternehmensziele.

Ursachen für strategische Risiken können Fehler in der Strategieentwicklung, -implementierung oder im strategischen Controlling sein. Eine unzureichende Unternehmens- und Umweltanalyse kann ebenfalls zu strategischen Risiken führen.

Durch die jährliche Überprüfung der Geschäfts- und Risikostrategie, der Rahmenbedingungen der Kasse, der langfristigen Unternehmensplanung, der Überwachung und Bewertung der finanziellen Lage sowie die Durchführung von Asset-Liability-Studien und eigenen Risikobeurteilungen soll das Auftreten strategischer Fehlentscheidungen und damit das Eintreten strategischer Risiken vermieden werden. Darüber hinaus liegt der Fokus insbesondere auf der Weiterentwicklung und Digitalisierung der Geschäftsprozesse in den kommenden Jahren.

Zusammenfassende Beurteilung

Mithilfe des RMS können Risiken oder negative Entwicklungen frühzeitig identifiziert werden, die zu einer Bestandsgefährdung der Kasse führen können.

Nach der Rechnungszinsabsenkung auf 3,05 % ist die wirtschaftliche Lage der Kasse weiterhin stabil. Die langfristigen Unternehmens- und BaFin-Prognoserechnungen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Kasse zeigen, dass die Solvabilitätskapitalanforderungen in jedem Jahr erfüllt werden.

Vorbehalt für Zukunftsaussagen

Soweit in diesem Geschäftsbericht Prognosen oder Erwartungen geäußert oder die Zukunft betreffende Aussagen gemacht werden, können diese Aussagen mit bekannten oder unbekanntem Risiken und Ungewissheiten verbunden sein. Die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen können daher von den geäußerten Erwartungen und Annahmen abweichen. Neben weiteren hier nicht aufgeführten Gründen können sich Abweichungen aus Veränderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der Marktsituation ergeben. Auch die Entwicklung der Finanzmärkte und die nationale und europäische Gesetzgebung sowie Veränderungen von aufsichtsrechtlichen Standards können einen entsprechenden Einfluss haben. Die Pensionskasse übernimmt keine Verpflichtung, Zukunftsaussagen zu aktualisieren.

SONSTIGE ANGABEN

Der Lagebericht und der Jahresabschluss werden im Unternehmensregister sowie im Internet unter www.pensionskasse-der-bewag.de veröffentlicht.

Die Kasse ist Mitglied im Verband der Firmenpensionskassen e.V. (VFPK) sowie der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V. (aba).

Berlin, den 12. Juni 2025

Der Vorstand

Olav Rieck

Thorsten Buschhardt

Patrick Huber

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2024

| | Anwärter | | Invaliden- und Altersrentner | | Summe der Jahres- renten ²⁾ |
|--|--------------|--------------|------------------------------|--------------|--|
| | Männer | Frauen | Männer | Frauen | |
| | Anzahl | Anzahl | Anzahl | Anzahl | EUR |
| I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres | 2.660 | 1.100 | 3.393 | 1.141 | 58.102.988 |
| II. Zugang während des Geschäftsjahres | | | | | |
| 1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern | 14 | 6 | 188 | 51 | 3.939.642 |
| 2. sonstiger Zugang ¹⁾ | 1 | - | - | 1 | 14.629 |
| 3. gesamter Zugang | 15 | 6 | 188 | 52 | 3.954.271 |
| III. Abgang während des Geschäftsjahres | | | | | |
| 1. Tod | 17 | 3 | 158 | 27 | 2.190.028 |
| 2. Beginn der Altersrente | 181 | 49 | | | |
| 3. Berufs- oder Erwerbs- unfähigkeit (Invalidität) | 7 | 2 | | | |
| 4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf | | | - | - | - |
| 5. Ausscheiden unter Zah- lung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen | - | - | - | - | - |
| 6. Ausscheiden ohne Zah- lung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen | - | - | - | - | - |
| 7. sonstiger Abgang | - | - | 1 | - | 16.596 |
| 8. gesamter Abgang | 205 | 54 | 159 | 27 | 2.206.624 |
| IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres, davon | 2.470 | 1.052 | 3.422 | 1.166 | 59.850.635 |
| 1. beitragsfreie Anwartschaften | 612 | 482 | | | |
| 2. in Rückdeckung gegeben | | | | | |

¹⁾ Z. B. Reaktivierung, Wiederinkraftsetzung sowie Erhöhung der Rente.

²⁾ Einzusetzen ist hier der Betrag, der sich als zukünftige Dauerverpflichtung (entsprechend der Deckungsrückstellung) ergibt.

Hinterbliebenenrente

| | | | Summe der Jahresrenten ²⁾ | | |
|--------------|-----------|-----------|---|----------------|---------------|
| Witwen | Witwer | Waisen | Witwen | Witwer | Waisen |
| Anzahl | Anzahl | Anzahl | EUR | EUR | EUR |
| 1.421 | 71 | 31 | 10.423.624 | 366.776 | 50.727 |
| 83 | 9 | 2 | 627.076 | 48.069 | 3.424 |
| - | - | - | - | - | - |
| 83 | 9 | 2 | 627.076 | 48.069 | 3.424 |
| 104 | 5 | - | 711.331 | 29.322 | - |
| 1 | - | 1 | 3.606 | - | 2.273 |
| - | - | - | - | - | - |
| - | - | - | - | - | - |
| - | - | - | 467 | - | - |
| 105 | 5 | 1 | 715.404 | 29.322 | 2.273 |
| 1.399 | 75 | 32 | 10.335.296 | 385.523 | 51.878 |

Bilanz zum 31. Dezember 2024

Aktiva

| | 31. Dezember 2024 | | | 31. Dezember 2024 |
|--|-------------------|------------------|------------------|-------------------|
| | EUR | EUR | EUR | EUR |
| A. Immaterielle Vermögensgegenstände | | | | |
| I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten | | | | 0,00 |
| | | | | 4323,67 |
| B. Kapitalanlagen | | | | |
| I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken | | | 273.486.519,33 | 308.152.555,91 |
| II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen | | | | |
| 1. Anteile an verbundenen Unternehmen | | | 157.023.823,44 | 124.331.997,43 |
| III. Sonstige Kapitalanlagen | | | | |
| 1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | | | 1.155.516.368,65 | 1.124.428.747,05 |
| 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | | | 52.453.593,50 | 50.253.593,50 |
| 3. Sonstige Ausleihungen | | | | |
| a) Namensschuldverschreibungen | 35.984.400,00 | | | 45.984.400,00 |
| b) Schuldscheinforderungen und Darlehen | 10.000.000,00 | | | 10.000.000,00 |
| | | 45.984.400,00 | | |
| 4. Einlagen bei Kreditinstituten | | 0,00 | | 0,00 |
| | | 1.253.954.362,15 | | |
| | | | 1.684.464.704,92 | 1.663.151.293,89 |
| C. Forderungen | | | | |
| I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an: | | | | |
| 1. Versicherungsnehmer | | | | |
| a) fällige Ansprüche | | 78.999,11 | | 44.140,84 |
| 2. Mitglieds- und Trägerunternehmen | | 39.228,02 | | 39.228,02 |
| | | | 118.227,13 | |
| II. Sonstige Forderungen | | | 24.306.011,40 | 34.431.004,88 |
| | | | 24.424.238,53 | 34.514.373,74 |
| D. Sonstige Vermögensgegenstände | | | | |
| I. Sachanlagen und Vorräte | | | 0,00 | 51.603,31 |
| II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand | | | 17.162.000,33 | 40.547.223,67 |
| III. Andere Vermögensgegenstände | | | 9.736.651,75 | 9.471.726,01 |
| | | | 26.898.652,08 | 50.070.552,99 |
| E. Rechnungsabgrenzungsposten | | | | |
| I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten | | | 1.691.595,90 | 2.046.395,51 |
| | | | 1.691.595,90 | 2.046.395,51 |
| | | | 1.737.479.191,43 | 1.749.786.939,80 |

Ich bestätige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Berlin, den 11. Juni 2025

Michael Waage
Treuhand

Passiva

| | 31. Dezember 2024 | | 31. Dezember 2024 |
|--|-------------------|------------------|-------------------|
| | EUR | EUR | EUR |
| A. Eigenkapital | | | |
| I. Weiterer Gründungsstock | 64.956.635,53 | | 64.956.635,53 |
| a) Gründungsstock | 68.456.635,53 | | 68.456.635,53 |
| b) abzgl. nicht eingeforderter Gründungsstock | -3.500.000,00 | | -3.500.000,00 |
| II. Gewinnrücklagen | | | |
| Verlustrücklage gemäß § 193 VAG | 5.312.277,28 | | 1.974.100,00 |
| III. Bilanzverlust/-gewinn | 0,00 | | 0,00 |
| | | 70.268.912,81 | 66.930.735,53 |
| B. Versicherungstechnische Rückstellungen | | | |
| I. Deckungsrückstellung | 1.636.971.790,00 | | 1.640.074.266,00 |
| II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle | 291.104,68 | | 294.521,22 |
| III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung | 45.660,47 | | 37.342,08 |
| | | 1.637.308.555,15 | 1.640.406.129,30 |
| C. Andere Rückstellungen | | | |
| I. Sonstige Rückstellungen | 1.742.412,40 | 1.742.412,40 | 447.180,20 |
| D. Andere Verbindlichkeiten | | | |
| I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber | | | |
| 1. Versicherungsnehmern | 37.152,58 | | 11.976,56 |
| 2. Mitglieds- und Trägerunternehmen | 0,00 | | 0,00 |
| II. Sonstige Verbindlichkeiten | 28.122.158,49 | | 41.990.918,21 |
| | | 28.159.311,07 | 42.002.894,77 |
| | | 1.737.479.191,43 | 1.749.786.939,80 |

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 6. Juni 2025 genehmigten Technischen Geschäftsplan berechnet worden ist.

München, den 10. Juni 2025

Henning Tewes
Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung
3. Erträge aus Kapitalanlagen
 - a) Erträge aus Beteiligungen
 - b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen
 - aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken
 - bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen
 - c) Erträge aus Zuschreibungen
 - d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung
 - a) Zahlungen für Versicherungsfälle
 - b) Veränderungen der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle
5. Veränderungen der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen
 - a) Deckungsrückstellung
 - b) Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung
6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung
 - a) Verwaltungsaufwendungen
7. Aufwendungen für Kapitalanlagen
 - a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen
 - b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen
 - c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen
8. Versicherungstechnisches Ergebnis

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1. Sonstige Erträge
2. Sonstige Aufwendungen
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit
4. Sonstige Steuern
5. Jahresüberschuss / -fehlbetrag
6. Veränderung der Gewinnrücklagen
 - a) in die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG
7. Bilanzverlust / -gewinn

| 2024 | | | 2023 | | |
|----------------------|----------------------|----------------------|----------------------|---------------------|----------------------|
| EUR | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR |
| | | 16.506.742,15 | | | 16.713.814,02 |
| | | 1.681,61 | | | 0,00 |
| | 3.670.596,71 | | | 16.455.438,20 | |
| 18.446.886,69 | | | 18.594.607,83 | | |
| <u>45.044.742,89</u> | 63.491.629,58 | | <u>33.852.742,69</u> | 52.447.350,52 | |
| | 7.342,12 | | | 28.977.340,37 | |
| | <u>10.596.876,27</u> | 77.766.444,68 | | <u>885.777,74</u> | 98.765.906,83 |
| | 70.308.334,71 | | | 68.460.092,64 | |
| | <u>-3.416,54</u> | 70.304.918,17 | | <u>-16.364,38</u> | 68.443.728,26 |
| | -3.102.476,00 | | | 31.647.604,04 | 31.647.604,04 |
| | 10.000,00 | | | 10.000,00 | 10.000,00 |
| | | -3.092.476,00 | | | |
| | 57.767,14 | 57.767,14 | | | 58.922,74 |
| | 10.660.391,01 | | | 8.885.929,76 | |
| | 14.199.226,69 | | | 4.444.810,30 | |
| | <u>424,22</u> | <u>24.860.041,92</u> | | <u>568.085,31</u> | <u>13.898.825,37</u> |
| | | 2.144.617,21 | | | 1.420.640,44 |
| | 5.427.157,93 | | | 3.311.423,58 | |
| | <u>3.851.317,25</u> | <u>1.575.840,68</u> | | <u>2.438.528,06</u> | <u>872.895,52</u> |
| | | 3.720.457,89 | | | 2.293.535,96 |
| | | 382.280,61 | | | <u>319.435,96</u> |
| | | 3.338.177,28 | | | 1.974.100,00 |
| | | <u>3.338.177,28</u> | | | <u>1.974.100,00</u> |
| | | <u>0,00</u> | | | <u>0,00</u> |

Anhang

Pensionskasse der Bewag
(VVaG)
BaFin Reg.-Nr. 2119
Flottwellstr. 4–5
10785 Berlin

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften der §§ 242 bis 256a, 264 bis 288 und 341 ff. HGB, den besonderen Vorschriften des VAG, der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) und der Satzung der Pensionskasse der Bewag VVaG erstellt. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind nach den Formblattvorschriften für Versicherungsunternehmen gegliedert.

Die Bilanzierung und Bewertung der Vermögens-, Schuld- und Rechnungsabgrenzungsposten erfolgte unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften sowie der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung.

Die Kasse erstellt keinen Konzernabschluss, da die Tochtergesellschaft PKDB-Immobilien GmbH & Co. KG entsprechend § 296 Abs. 2 HGB für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Pensionskasse von untergeordneter Bedeutung ist. Alleiniger Geschäftszweck der Gesellschaft ist das Halten und Verwalten von Immobilien.

Kapitalanlagen

Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten, vermindert um die planmäßigen Abschreibungen, bilanziert. Die Nutzungsdauer beträgt 1 bis 5 Jahre.

Grundstücke und Gebäude

Immobilien werden zu Anschaffungskosten, vermindert um die planmäßigen Abschreibungen, bilanziert. Anlagen im Bau werden zu Herstellungskosten bewertet.

Gebäude werden grundsätzlich linear mit 2 % abgeschrieben. Das teilweise eigen genutzte Geschäftsgebäude wird linear mit 3 % abgeschrieben.

Die Zeitwerte der Immobilien entsprechen den von zertifizierten Sachverständigen nach der Ertragswertmethode ermittelten Verkehrswerten. Die Wertermittlung erfolgt entsprechend § 55 Abs. 3 RechVersV unter Berücksichtigung der Richtlinien für die Bewertung des Verkehrswerts von Grundstücken (WertR 2006).

Anlagen im Bau werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Bewertung – der PKDB-Immobilien-Verwaltungsgesellschaft mbH und der PKDB-Immobilien GmbH & Co. KG – erfolgt zu Anschaffungskosten und wurden gemäß § 341b Abs. 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB werden Abschreibungen außerplanmäßig bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen (gemildertes Niederstwertprinzip).

Sonstige Kapitalanlagen

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, und werden wie Anlagevermögen bewertet. Gegebenenfalls wird das Wahlrecht nach § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 Satz 5 HGB in Anspruch genommen, sodass Bewertungen zum Ende des Geschäftsjahres zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips erfolgen.

Dauerhafte Wertminderungen werden erfolgswirksam abgeschrieben. Zur Feststellung des Vorliegens einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung insbesondere öffentlich gehandelter Anteile oder Aktien an Investmentvermögen wird das vom Versicherungsfachausschuss des IDW empfohlene 20%-Aufgreifkriterium verwendet. Demzufolge kann eine dauerhafte Wertminderung immer dann vorliegen, wenn der Zeitwert eines Wertpapiers in den dem Bilanzstichtag vorangehenden sechs Monaten permanent um mehr als 20 % unter dem Buchwert liegt, sowie für den Fall, dass der Durchschnittswert der täglichen Börsenkurse in den letzten zwölf Monaten um mehr als 10 % unter dem Buchwert liegt. Für Investmentanteile richtet sich die Beurteilung der voraussichtlichen Dauerhaftigkeit einer Wertminderung weiterhin nach den im Fonds gehaltenen Vermögensgegenständen (Durchschau). Zur Beurteilung des Vorliegens einer dauerhaften Wertminderung in Bezug auf Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die wie Anlagevermögen bilanziert werden, werden Bonitätsprüfungen der Emittenten sowie die Entwicklungen der Ratings hinzugezogen.

Gemäß IDW-Hinweis vom 27. Oktober 2022, zuletzt aktualisiert am 08. Dezember 2023 zur handelsrechtlichen Bewertung von Kapitalanlagen bei Versicherungsunternehmen nach § 341b HGB gilt diese bonitätsorientierte Vorgehensweise auch im Rahmen der Durchschau in Fonds mit stillen Lasten für die darin enthaltenen Schuldtitel.

Namenschuldverschreibungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Notwendige Abschreibungen werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip vorgenommen (§ 341b Abs. 2 2. Halbsatz HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 Satz 5 HGB).

Schuldscheinforderungen und Darlehen werden gemäß § 341c Abs. 3 HGB mit ihren Anschaffungskosten zuzüglich bzw. abzüglich der kumulierten Amortisation der Differenz zwischen Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode bilanziert. Notwendige Abschreibungen werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip vorgenommen (§ 341b Abs. 2 2. Halbsatz HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 Satz 5 HGB).

Forderungen

Forderungen, unter Berücksichtigung von pauschalen Wertberichtigungen für Forderungen gegen Mieter, werden zu Nominalwerten angesetzt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Bewertung der Sachanlagen und Vorräte erfolgt zu Anschaffungskosten, vermindert um die planmäßigen Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer (1 bis 5 Jahre).

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand und andere Vermögensgegenstände werden zu Nominalwerten angesetzt.

Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungsposten sind zum Nennwert bilanziert.

Eigenkapital

Der weitere Gründungsstock beträgt 65,0 Mio. EUR und wird zum Nominalwert ausgewiesen.

Zur Deckung von Fehlbeträgen ist eine Verlustrücklage zu bilden. Die Verlustrücklage wird satzungsgemäß gebildet.

Die Verlustrücklage ist gemäß Satzung wieder bis auf 5 v. H. der Deckungsrückstellung aufzufüllen.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Berechnung wurde vom verantwortlichen Aktuar auf Basis des im Technischen Geschäftsplan beschriebenen Verfahrens durchgeführt. Der Technische Geschäftsplan ist von der BaFin genehmigt.

Die Ermittlung der Deckungsrückstellung erfolgte durch den Verantwortlichen Aktuar gemäß § 341f Abs. 1 Satz 1 HGB und § 252 Abs. 1 Nr. 3 HGB für jeden Versicherungsvertrag einzeln und unter Beachtung des genauen Versicherungsbeginns nach der prospektiven Methode als Differenz des Barwerts der künftigen Rentenzahlungen und des Barwerts der künftigen Beitragszahlungen. Den Berechnungen liegt der Versichertenbestand am Bilanzstichtag zugrunde. Als Rechnungsgrundlage kamen die modifizierten „Richttafeln 1998“ von Heubeck zur Anwendung. Für die Pflichtversorgung erfolgte die Berechnung auf Basis des per 31. Dezember 2024 abgesenkten Rechnungszinssatzes von 3,05 %. Als Zinssatz für die Freiwillige Versorgung wurden für den Basistarif 3,05 % und für den Kombitarif 2,25 % verwendet.

Die Tarifgeneration 2021 des Kombitarifs wird auf Basis von modifizierten Richttafeln „RT 2018 G Unisex“ von Heubeck und eines Rechnungszinses von 0,0 % bewertet.

Die Deckungsrückstellung wurde vom Verantwortlichen Aktuar berechnet und bestätigt.

In der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle werden die für den Einzelfall jeweils ermittelten Verpflichtungen ausgewiesen.

In der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle werden alle am Bilanzstichtag bekannten Versicherungsfälle sowie Schadensregulierungskosten,

die noch nicht abschließend bearbeitet sind, mit ihrem voraussichtlichen Wert angesetzt.

Der Ansatz der Rückstellungen für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung erfolgt zu dem Wert, der gemäß den Bestimmungen der Satzung, der Allgemeinen Versicherungsbedingungen und der Technischen Geschäftspläne sowie den Beschlüssen der Mitgliederversammlung festgelegt wurde.

Andere Rückstellungen und Verbindlichkeiten

Die sonstigen Rückstellungen werden nach dem Grundsatz vorsichtiger kaufmännischer Bewertung mit ihrem voraussichtlich notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt und, soweit die erwarteten Laufzeiten mehr als ein Jahr betragen, gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem von der Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz (Stichtagszins zum 31. Dezember 2024) der letzten sieben Jahre abgezinst.

Verbindlichkeiten wurden mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Erläuterungen zur Bilanz¹⁾

Aktiva

Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

| | Bilanzwerte 1. Januar 2024 TEUR | Zugänge TEUR | Abgänge TEUR |
|--|---------------------------------------|-----------------|-----------------|
| A Immaterielle Vermögensgegenstände | 4 | 18 | |
| B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken | 308.153 | 212 | 25.372 |
| B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen | | | |
| 1. Anteile an verbundenen Unternehmen | 124.332 | 35.841 | 3.149 |
| B III. Sonstige Kapitalanlagen | | | |
| 1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | 1.124.429 | 50.089 | 14.316 |
| 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 50.254 | 4.000 | 1.800 |
| 3. Sonstige Ausleihungen | | | |
| a) Namensschuldverschreibungen | 45.984 | | 10.000 |
| b) Schuldscheinforderungen und Darlehen | 10.000 | | |
| 4. Einlagen bei Kreditinstituten | | | |
| Summe B III. | 1.230.667 | 54.089 | 26.116 |
| Anlagevermögen Summen | 1.663.156 | 90.160 | 54.637 |

¹⁾ Die im Anhang angegebenen Zahlen und Summen wurden jeweils kaufmännisch gerundet. Daher können Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch genau ergebenden Werten auftreten.

| Zuschreibungen TEUR | Abschreibungen TEUR | Bilanzwerte 31. Dezember 2024 TEUR |
|------------------------|------------------------|---|
| | 22 | 0 |
| | 9.506 | 273.487 |
| | | 157.024 |
| 7 | 4.693 | 1.155.516 |
| | | 52.454 |
| | | 35.984 |
| | | 10.000 |
| 7 | 4.693 | 1.253.954 |
| 7 | 14.221 | 1.684.465 |

Zeitwert der Kapitalanlagen

Kapitalanlagen – Bewertungsreserven zum 31. Dezember 2024

| | Zeitwert TEUR | Buchwert TEUR | Bewertungs- reserven TEUR |
|--|------------------|------------------|---------------------------------|
| B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken | 352.771 | 273.487 | 79.285 |
| B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen | | | |
| 1. Anteile an verbundenen Unternehmen | 178.795 | 157.024 | 21.771 |
| B III. Sonstige Kapitalanlagen | | | |
| 1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | 1.186.074 | 1.155.516 | 30.557 |
| 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 54.611 | 52.454 | 2.157 |
| 3. Sonstige Ausleihungen | | | |
| a) Namensschuldverschreibungen | 37.222 | 35.984 | 1.237 |
| b) Schuldscheinforderungen und Darlehen | 10.193 | 10.000 | 193 |
| Kapitalanlagen insgesamt | 1.819.665 | 1.684.465 | 135.201 |

Bei der Ermittlung der Verkehrswerte der Immobilien wird das Ertragswertverfahren entsprechend der Verordnung über die Grundsätze für die Ermittlung der Verkehrswerte von Grundstücken (Immobilienwertermittlungsverordnung – ImmoWertV) und der ergänzenden Wertermittlungsrichtlinien unter Berücksichtigung sämtlicher wertbeeinflussender Umstände im Jahr 2024 angewendet.

Hierbei wird jeweils der über die wirtschaftliche Restnutzungsdauer kapitalisierte Reinertrag der Immobilie ermittelt. In einem rollierenden Verfahren werden aktuelle Verkehrswerte durch externe Gutachter ermittelt (§ 55 Abs. 3 RechVersV). Für die sich noch im Bau befindlichen Objekte entsprechen die ausgewiesenen Zeitwerte den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten.

Die Zeitwertermittlung der Anteile an verbundenen Unternehmen erfolgt analog zur Ermittlung der Immobilien im Direktbestand.

Der Zeitwert für liquide, börsengehandelte Wertpapiere wurde mit dem Rücknahmepreis zum Bilanzstichtag ermittelt. Der Zeitwert für die nicht börsengehandelten

Anteile an Investmentvermögen wurde zum Rücknahmepreis zum Bilanzstichtag errechnet.

Der Zeitwert der börsennotierten Inhaberschuldverschreibungen und der anderen festverzinslichen Wertpapiere wurde aus dem Börsenkurs am Abschlussstichtag ermittelt. Stille Lasten bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Die Zeitwertermittlung für Namensschuldverschreibungen sowie für Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgte auf Basis unterlegter Zinsstrukturkurven, unter Berücksichtigung der Restlaufzeit und der Bonität des Emittenten, mittels finanzmathematischer Bewertungsverfahren.

Zu A) Immaterielle Vermögensgegenstände

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um Lizenzen für zwei Bestandsverwaltungssysteme der Bereiche Versorgung und Kapitalanlagen. Die planmäßige Abschreibung lag im Geschäftsjahr bei 4 TEUR.

Zu B) Kapitalanlagen

Zu B I) Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Die Kasse hält 21 Immobilien. Der Buchwert inklusive der Anlagen in Bau (AiB) beträgt insgesamt 273,5 Mio. EUR, davon 6,7 TEUR für AiB. Im Geschäftsjahr erfolgten planmäßige Abschreibungen in Höhe von 4,6 Mio. EUR. Außerdem erfolgte eine außerplanmäßige Abschreibung auf Anlagen im Bau in Höhe von 4,9 Mio. EUR. Der Buchwert der selbst genutzten Grundstücke und Bauten beträgt zum Bilanzstichtag 4,6 Mio. EUR. Zum 31. Dezember 2024 wurde eine Immobilie aus der Pensionskasse in die Beteiligung mit einem Buchwert von 35,7 Mio. EUR übertragen.

Zu B II) Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Die Pensionskasse ist alleinige Kommanditistin der PKDB-Immobilien GmbH & Co. KG und hat als Sacheinlage 12 Immobilien mit zum Einbringungszeitpunkt vorliegendem Zeitwert als Kommanditeinlage geleistet. Der Wert der eingebrachten Immobilien beträgt zum Bilanzstichtag 157,0 Mio. EUR.

Die PKDB-Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH ist Komplementär. Das gezeichnete Kapital in Höhe von 25 TEUR wird zum Bilanzstichtag in voller Höhe durch die Kasse gehalten.

Der Anteilsbesitz zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2024 stellt sich wie folgt dar:

| Anteilsbesitz an anderen Unternehmen gemäß § 285 Nr. 11 HGB | Sitz | Kapitalanteil | Eigenkapital EUR | Ergebnis 2024 EUR |
|--|-------------|----------------------|-------------------------|--------------------------|
| PKDB-Immobilien-Verwaltungsgesellschaft mbH | Berlin | 100 % | 25.0000,00 | 0,00 |
| PKDB-Immobilien GmbH & Co. KG | Berlin | 100 % | 156.998.823,44 | 3.670.596,71 |

Zu B III 1) Anteile oder Aktien an Investmentvermögen

Der Posten Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere beinhaltet das nachfolgend aufgeführte EU- bzw. inländische Investmentvermögen, von dem die Pensionskasse jeweils über 10 % der Anteile hält. Es bestehen grundsätzlich keine Einschränkungen hinsichtlich der täglichen Rückgabe.

Zu dieser Position gehören insgesamt elf Investmentfonds und sechs Immobilien-Fonds mit einem Buchwert von insgesamt 1.155,5 Mio. EUR.

Der Buchwert der Immobilien-Fonds liegt bei 154,6 Mio. EUR. Ein Immobilien-Fonds (Buchwert 0,1 Mio. EUR) befindet sich in Abwicklung.

Die Investmentfonds teilen sich auf in den Masterfonds mit einem Buchwert von 450,5 Mio. EUR, zwei Buy and Maintain-Fonds mit einem Buchwert von insgesamt 376,5 Mio. EUR. Des Weiteren zählen hierzu vier Infrastruktur-Fonds und vier Private Debt-Fonds mit einem gesamten Buchwert von 173,9, Mio. EUR. In den Fonds bestehen zum 31. Dezember 2024 stille Lasten in Höhe von 2,9 Mio. EUR, welche unter Anwendung des § 341b Abs. 2 HGB, vorgetragen wurden.

Zu B III 2) Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Hierunter fallen neben einer europäischen Staatsanleihe und einer staatlich garantierten Anleihe zwei Private Debt-Schuldverschreibungen. Der Buchwert dieser Papiere beläuft sich insgesamt auf 52,5 Mio. EUR. Auf die Private Debt-Schuldverschreibungen entfallen 34,2 Mio. EUR, darin ist die Inhaberschuldverschreibung Verius IHS III mit einem Erinnerungswert von 1 EUR enthalten.

Zu B III 3) Sonstige Ausleihungen

Hierzu gehören Namens- sowie Schuldscheinforderungen öffentlich-rechtlicher und privat-rechtlicher Kreditinstitute sowie von Bund, Ländern und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts. Der Gesamtwert beträgt zum Bilanzstichtag 46,0 Mio. EUR.

Zu C) Forderungen

Zu C I) Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft entstanden aus Rückforderungen an Versicherungsnehmer in Höhe von 79 TEUR.

Die Forderungen an Mitglieds- und Trägerunternehmen für später eingegangene Beiträge betragen 39 TEUR.

Zu C II) Sonstige Forderungen

Die sonstigen Forderungen beinhalten Forderungen der Kasse aus dem Vermietungsgeschäft in Höhe von 22,0 Mio. EUR an die PKDB-Immobilien GmbH & Co KG aus der Verwaltung der Immobilien, die nach Ende des Geschäftsjahres abgerechnet werden.

Auf fällige Zinsforderungen für Wertpapiere entfallen 1,8 Mio. EUR. Die Forderungen aus der Verwaltungskostenabrechnung für die Pflichtversorgung betragen 0,7 Mio. EUR.

Zu D) Sonstige Vermögensgegenstände

Zu D II) Laufende Guthaben bei Kreditinstituten

Der Bestand an laufenden Guthaben auf Girokonten der Kasse beträgt 17,2 Mio. EUR. Der Bestand auf dem Kautionskonto in Höhe von 3,8 Mio. EUR wird hier nicht berücksichtigt.

Zu D III) Andere Vermögensgegenstände

Die anderen Vermögensgegenstände betreffen die im Dezember 2024 vorschüssig gezahlten Versorgungsbezüge für Januar 2025 in Höhe von 5,9 Mio. EUR sowie ein Mietkautionskonto mit einer Höhe von 3,8 Mio. EUR.

Zu E) Rechnungsabgrenzungsposten

Zu E I) Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Hierunter sind noch nicht fällige Zinsen aus Kapitalanlagen in Höhe von 1,7 Mio. EUR ausgewiesen.

Passiva

Eigenkapital und versicherungstechnische Rückstellungen

| | Bestand 1. Januar 2024 TEUR | Zufüh- rung TEUR | Inan- spruch- nahme TEUR | Bestand 31. De- zember 2024 TEUR |
|---|--------------------------------------|------------------------|-----------------------------------|--|
| A. Eigenkapital | | | | |
| Verlustrücklage gemäß § 193 VAG | 1.974 | 3.338 | - | 5.312 |
| Weiterer Gründungsstock | 64.957 | | | 64.957 |
| Summe A | 66.931 | 3.338 | - | 70.269 |
| B. Versicherungstechnische Rückstellungen | | | | |
| I. Deckungsrück- stellung | 1.640.074 | 7.267 | 10.369 | 1.636.972 |
| II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle | 295 | - | 3 | 291 |
| III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung | 37 | 10 | 2 | 46 |
| Summe B | 1.640.406 | 7.277 | 10.375 | 1.637.309 |

Zu A) Eigenkapital

Zu A I) Weiterer Gründungsstock

Zur Sicherstellung der dauernden Erfüllbarkeit der Verpflichtungen sowie zur langfristigen Erfüllung der Solvabilitätsanforderungen hat die Kasse einen Gründungsstock aufgelegt. Der weitere Gründungsstock besteht aus unbefristeten Darlehen der jeweiligen Trägerunternehmen mit einem Gesamtvolumen von 133,5 Mio. Euro.

Im Jahr 2023 wurden hieraus 130 Mio. EUR angefordert und eingezahlt. Vom eingezahlten weiteren Gründungsstock wurden 65 Mio. EUR zum Ausgleich eines nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages aus dem Jahr 2022 verwendet. Die verbleibenden nicht angeforderten Mittel betragen somit 3,5 Mio. EUR.

Am 31. Dezember 2024 beträgt der bilanzierte weitere Gründungsstock 65 Mio. Euro. Der bilanzierte Betrag beschreibt den Anteil des nach in Anspruch genommenen weiteren Gründungsstocks, der im Eigenkapital verbleibt.

Zu A II) Verlustrücklage

Aus dem Geschäftsergebnis wird der Verlustrücklage ein Betrag von 3,3 Mio. EUR zugeführt.

Damit beträgt die Verlustrücklage 5,3 Mio. EUR.

Verlustrücklage

| | 2023 TEUR | 2024 TEUR |
|-------------------------------------|--------------|--------------|
| Stand 1. Januar | - | 1.974 |
| satzungsgemäße Zuweisung | 1.974 | 3.338 |
| Verbrauch aufgrund Jahresfehlbetrag | - | - |
| Stand 31. Dezember | 1.974 | 5.312 |

Zu B) Versicherungstechnische Rückstellungen

Zu B I) Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3,1 Mio. EUR auf 1.637,0 Mio. EUR reduziert und enthält bereits die zusätzliche Dotierung zur Absenkung des Rechnungszinses auf 3,05 %. In der gesamten Deckungsrückstellung ist eine Pauschale von 3,6 Mio. EUR zur zukünftigen Stärkung der Rechnungsgrundlagen enthalten.

Zu B II) Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ist im Vergleich zum Vorjahr weitestgehend unverändert. Sie beträgt 0,3 Mio. EUR.

Zu B III) Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Den Rückstellungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung wurden 10 TEUR zugeführt und 1,7 TEUR für die im Geschäftsjahr 2023 beschlossene Überschussbeteiligung im Kombitarif Tarifgeneration 2021 entnommen. Der Betrag ist nun in der Deckungsrückstellung enthalten.

Zu C) Andere Rückstellungen

Zu C I) Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen bestehen aus zu erstattenden Vorauszahlungen der Heiz- und Betriebskosten in Höhe von 0,3 Mio. EUR und zu erwartenden Lieferantenrechnungen von 1,5 Mio. EUR.

Zu D) Sonstige Verbindlichkeiten

Zu D II) Andere Verbindlichkeiten

Sonstige Verbindlichkeiten von 28,2 Mio. EUR verteilen sich wie folgt: 22,2 Mio. EUR gegenüber der PKDB-Immobilien GmbH & Co. KG, gegenüber Mietern (Kautionen) von 3,8 Mio. EUR. Die Lieferantenverbindlichkeiten inkl. einbehaltene Sicherheiten belaufen sich auf 0,7 Mio. EUR. Die Verbindlichkeiten aus der Versorgungsabrechnung betragen 0,8 Mio. EUR.

Der verbleibende Betrag in Höhe von 0,2 Mio. EUR betrifft vor allem Verbindlichkeiten gegenüber den Trägerunternehmen (0,1 Mio. EUR).

Die sonstigen Verbindlichkeiten weisen eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr auf. Eine Ausnahme davon sind die Verbindlichkeiten aus Mietkautionen in Höhe von 3,8 Mio. EUR. Die Laufzeit von Mietkautionen beträgt in der Regel mehr als ein Jahr.

Erläuterung zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zu I) Versicherungstechnische Rechnung

Zu I 1) Verdiente Beiträge

| Verdiente Beiträge | 2023 Mio. EUR | 2024 Mio. EUR | 2024 Anteil |
|--|--------------------------|--------------------------|------------------------|
| Pflichtversorgung, davon | 15,5 | 15,3 | 92,7 % |
| Arbeitgeber | 12,4 | 12,2 | |
| Arbeitnehmer | 3,1 | 3,1 | |
| Basistarif (Freiwillige Versorgung), davon | 0,4 | 0,4 | 2,4 % |
| Arbeitnehmer | 0,1 | 0,1 | |
| Staatliche Zulagen gemäß AVmG | 0,3 | 0,3 | |
| Kombitarif (Freiwillige Versorgung), davon | 0,8 | 0,8 | 4,9 % |
| Arbeitgeber | 0,5 | 0,5 | |
| Arbeitnehmer | 0,2 | 0,3 | |
| Gesamt | 16,7 | 16,5 | 100,0 % |

Zu I 2) Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Die Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung betragen 1,7 TEUR.

Zu I 3) Erträge aus Kapitalanlagen

Die Erträge aus Beteiligungen in Höhe von 3,7 Mio. EUR entsprechen dem Jahresüberschuss der PKDB-Immobilien GmbH & Co. KG.

In den Erträgen aus anderen Kapitalanlagen von 63,5 Mio. EUR sind Mieterträge in Höhe von 15,5 Mio. EUR sowie erhaltene Betriebskostenvorauszahlungen für die Immobilien der Kasse in Höhe von 4,9 Mio. EUR, vermindert um Erstattungen aus den Betriebskostenabrechnungen von Höhe von 2,0 Mio. EUR enthalten. Dies ergibt einen Gesamtertrag aus Betriebskosten in Höhe von 2,9 Mio. EUR. Des Weiteren fallen hierunter die Ausschüttungen aus den Investmentfonds in Höhe von 34,4 Mio. EUR, 2,7 Mio. EUR Erträge aus der Renten-Direktanlage, 2,7 Mio. EUR aus Private Debt-Schuldverschreibungen sowie 5,3 Mio. EUR Ausschüttungen aus den Immobilien-Fonds.

Die Gewinne aus dem Abgang einer Immobilie aus dem Direktbestand in die Beteiligung betragen 10,3 Mio. EUR. Die weiteren Erträge aus Zuschreibungen und Abgangsgewinne von insgesamt 0,3 Mio. EUR betrafen ausschließlich Investmentfonds.

Zu I 4) Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung

Die Zahlungen für Versicherungsfälle umfassen satzungsgemäße Stammrenten und Gewinnrenten in Höhe von 70,3 Mio. EUR (Vj. 68,3 Mio. EUR) sowie Austrittsvergütungen von weniger als 0,1 Mio. EUR (Vj. 0,1 Mio. EUR) an ausgeschiedene Mitglieder oder ihre Erben. Die Veränderungen der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle resultieren aus der Zuführung und Inanspruchnahme von satzungsgemäßen Ansprüchen ausgeschiedener Mitglieder.

Zu I 5) Veränderungen der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen

Der Ertrag aus der Auflösung der Deckungsrückstellung beträgt 3,1 Mio. EUR und entspricht den genannten Bewertungsgrundsätzen.

Zu I 6) Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung

Die Aufwendungen betreffen die Verwaltungskosten für die Tarife der freiwilligen Versorgung in einer Höhe von 23 TEUR.

Zu I 7) Aufwendungen für Kapitalanlagen

Die Aufwendungen für Kapitalanlagen betragen 24,9 Mio. EUR. Den größten Posten stellen mit 10,7 Mio. die Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen dar. Hierzu gehören Betriebskostenvorauszahlungen in Höhe von 4,3 Mio. EUR, Aufwendungen für die laufende Vermögensverwaltung (inkl. sonstiger Verwaltungsaufwand Immobilien) in Höhe von 3,2 Mio. EUR sowie 3,2 Mio. EUR für die Instandhaltung von Immobilien.

Die laufenden Abschreibungen für Immobilien der Kasse betragen 4,6 Mio. EUR. Die außerplanmäßigen Abschreibungen auf Anlagen im Bau betragen 4,9 Mio. EUR und die auf sonstigen Kapitalanlagen betragen 4,7 Mio. EUR. Die Höhe des Verlusts aus dem Abgang von Kapitalanlagen beträgt weniger als 1TEUR.

Zu II) Nichtversicherungstechnische Rechnung

Zu II 1) Sonstige Erträge

Die sonstigen Erträge in Höhe von 5,4 Mio. EUR (Vorjahr 3,3 Mio. EUR) beruhen auf Erträgen aus der Weiterbelastung von Verwaltungskosten für die Pflichtversorgung an die Trägerunternehmen und Zinserträgen auf laufende Guthaben sowie Skontoerträgen.

Zu II 2) Sonstige Aufwendungen

Bei den sonstigen Aufwendungen handelt es sich um Aufwendungen für Verwaltungskosten im Rahmen der Pflichtversorgung, die vollständig an die Trägerunternehmen weiterbelastet werden. Erstmals fallen darunter Aufwendungen im Zusammenhang mit DORA sowie einmalige Aufwendungen im Zusammenhang mit Ausgliederungsvereinbarungen zwischen der Kasse und den Trägerunternehmen.

Zu II 4) Sonstige Steuern

Bei den Sonstigen Steuern handelt es sich um gezahlte Grundsteuern für den Immobilien-Direktbestand der Kasse in Höhe von 0,4 Mio. EUR.

Zu II 5) Jahresüberschuss

Die Kasse weist für das Geschäftsjahr 2024 einen Jahresüberschuss in Höhe von 3,3 Mio. EUR aus, welcher vollständig der Verlustrücklage zugeführt wird.

Sonstige Angaben

Verwaltungsorgane

Der Aufsichtsrat besteht aus sieben ordentlichen Mitgliedern und deren Stellvertretern. Die Zusammensetzung findet sich auf Seite 4. Die Geschäfte der Kasse werden von drei Vorständen geführt (siehe Seite 5). Diese beiden Seiten sind Bestandteil des Anhangs. Frau Anja Stranz war bis zum 30. November 2024 Mitglied des Vorstandes. Ihre Verantwortungsbereiche umfassten die Ressorts Recht & Compliance (inkl. Datenschutz), IT, Risikomanagement / Risikocontrolling (inkl. URCF), Immobilien, Interne Revision sowie Betriebswirtschaft. Die aktuelle Ressortverteilung der Vorstandsmitglieder ist in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

| Olav Rieck Sprecher des Vorstands | Thorsten Buschhardt Mitglied des Vorstands | Patrick Huber Mitglied des Vorstands |
|--|---|--|
| Satzung | Recht & Compliance (inkl. Datenschutz) | Finanzanlagen inkl. Immobilien (Anlage und Verwaltung) |
| Gremienbetreuung | Versorgung / Versicherungsbetrieb | Betriebswirtschaft |
| Unternehmensstrategie | IT | Aktuariat (inkl. Versicherungsmathematische Funktion) |
| Personal, Organisation, Arbeitssicherheit | Risikomanagement / Risikocontrolling (inkl. URCF) | |
| | Interne Revision | |

Bezüge, Vorschüsse, Kredite und eingegangene Haftungsverhältnisse an Mitglieder der Organe

Im Berichtsjahr waren zwei Vorstandsmitglieder direkt bei der Kasse angestellt. Bezüglich der Auskunft zur Bezügen wird die Klausel zur Vergütung gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen. An den Aufsichtsrat gab es keine Vergütung direkt von der Kasse.

Vorschüsse und Kredite wurden nicht gewährt. Haftungsverhältnisse bestehen nicht.

Mitarbeiter

Im Jahr 2024 waren durchschnittlich 27 Mitarbeiter (Vorjahr 28, ohne Geschäftsleitung) für die Kasse tätig.

Nahestehende Unternehmen und Personen

Die Kosten für die bei der Kasse angestellten Hauswarte werden im Rahmen der Betriebskostenabrechnung auf die Mieter umgelegt.

Im Geschäftsjahr wurden die satzungsmäßigen umlagefähigen Verwaltungskosten in Höhe von 3,8 Mio. EUR durch die Trägerunternehmen ausgeglichen.

Geschäfte mit nahestehenden Personen wurden zu marktüblichen Bedingungen vorgenommen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse

Sonstige finanzielle Verpflichtungen und andere aus dem Jahresabschluss nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse einschließlich Pfandbestellungen und Sicherungsübereignungen sowie Verbindlichkeiten aus der Begebung von Wechseln oder Schecks bestehen nicht.

Eventualverbindlichkeiten und sonstige mögliche Verbindlichkeiten

Es bestehen vertraglich vereinbarte mögliche künftige Verbindlichkeiten gegenüber sechs Trägerunternehmen aus der Inanspruchnahme von Mitteln aus dem weiteren Gründungsstock in Höhe von 130 Mio. Euro.

Davon entfallen auf Verbindlichkeiten gegenüber:

1. BEW Berliner Energie und Wärme GmbH in Höhe von 53,2 Mio. EUR
2. Stromnetz Berlin GmbH 39,0 Mio. EUR
3. Vattenfall GmbH in Höhe von 27,6 Mio. EUR
4. Vattenfall Europe Sales GmbH in Höhe von 6,5 Mio. EUR
5. Vattenfall Europe Information Services GmbH in Höhe von 3,0 Mio. EUR
6. 50Hertz Transmission GmbH in Höhe von 0,7 Mio. EUR.

Honorar des Abschlussprüfers

Abschlussprüfer der Pensionskasse ist die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Der Abschlussprüfer hat den Jahresabschluss und Lagebericht zum 31. Dezember 2024 geprüft (76,9 TEUR) sowie weitere Bestätigungsleistungen (12,5 TEUR) zzgl. 4 TEUR Auslagen erbracht. Das vom Abschlussprüfer jeweils berechnete Honorar ist in den umlagefähigen Verwaltungskosten, welche von den Trägerunternehmen getragen werden, enthalten.

Ereignisse nach Bilanzstichtag

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Pensionskasse nachhaltig beeinflussen würden, sind nicht eingetreten.

Übersicht der Trägerunternehmen

| Unternehmen | Anteil |
|-------------------------------------|----------------|
| BEW Berliner Energie und Wärme GmbH | 40,33% |
| Stromnetz Berlin GmbH | 29,85% |
| Vattenfall GmbH | 23,29% |
| VE Sales GmbH | 3,99% |
| VE Information Services GmbH | 1,52% |
| 50Hertz Transmission GmbH | 0,34% |
| ISS Energy Services GmbH | 0,24% |
| Netcom Connected Services GmbH | 0,12% |
| V Energy Trading GmbH | 0,07% |
| Hamburger Energienetze GmbH | 0,04% |
| Lausitz Energie Bergbau AG | 0,04% |
| Hamburger Energiewerke GmbH | 0,03% |
| VF Wasserkraft GmbH | 0,03% |
| Energie Hub Moorburg GmbH | 0,02% |
| FHW Neukölln AG | 0,02% |
| VE New Energy GmbH | 0,02% |
| Lausitz Energie Kraftwerke AG | 0,01% |
| Vattenfall Solar GmbH | 0,01% |
| VE Nuclear Energy GmbH | 0,01% |
| VE Resource Management GmbH | 0,01% |
| Summe | 100,00% |

Berlin, 12. Juni 2025

Der Vorstand

Olav Rieck

Thorsten Buschardt

Patrick Huber

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Pensionskasse der Bewag VVaG, Berlin

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Pensionskasse der Bewag VVaG, Berlin, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Pensionskasse der Bewag VVaG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen den Geschäftsbericht – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften

zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den

gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Frankfurt am Main, den 17. Juni 2025

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Christian Sack

Wirtschaftsprüfer

Sandro Trischmann

Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat in sieben Sitzungen, anhand der Berichte des Vorstandes und dessen regelmäßiger schriftlicher Berichterstattung die Geschäftsführung überwacht sowie die ihm entsprechend Gesetz und Satzung zufallenden Beschlussfunktionen wahrgenommen.

Die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PWC) hat die Buchführung, den Jahresabschluss und den Lagebericht der Pensionskasse der Bewag für das Geschäftsjahr 2024 geprüft. Der Bestätigungsvermerk wurde ohne Einschränkung erteilt.

Der Aufsichtsrat hat sich durch seinen Vorsitzenden am 20. Mai 2025 mit dem maßgeblichen Trägerunternehmen, der BEW Berliner Energie und Wärme GmbH, ins Benehmen gesetzt und somit den Erfordernissen des § 32, Nr. 3 Satz 2 der Satzung entsprochen.

Am 6. Juni 2025 wurden der Prüfungsbericht der PWC vom Abschlussprüfer und das versicherungsmathematische Gutachten vom Verantwortlichen Aktuar dem Aufsichtsrat in seiner turnusmäßigen Sitzung erläutert. Beide Berichte wurden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat hat nach der von ihm vorgenommenen Prüfung den Jahresabschluss 2024 festgestellt und den Lagebericht 2024 genehmigt.

Der Aufsichtsrat dankt den im Unternehmen tätigen Mitarbeitern und dem Vorstand für die im Geschäftsjahr 2024 geleistete Arbeit.

Berlin, im Juni 2025

René Gladis
Vorsitzender

Impressum

Lagebericht und Jahresabschluss 2024

Pensionskasse der Bewag

(Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG))

vertreten durch den Vorstand

Flottwellstr. 4-5

10785 Berlin

Telefon: +49 30 587 585 019

E-Mail: info@pensionskassederbewag.de

Gestaltung/Druckverantwortung

Drangsal-Services.de